

**50 JAHRE
ÖSTERREICHISCHER
FRAUENRING**

Inhalt

3	Vorwort	24	Vorsitzende
4	50 Jahre	25	Edda Egger (ÖVP)
7	Themen des Österreichischen Frauenrings	25	Herta Haider (ÖVP)
7	ÖFR & Pension	25	Jolanda Offenbeck (SPÖ)
8	ÖFR & Schwangerschaftsabbruch	26	Marilies Flemming (ÖVP)
9	ÖFR & Krieg und Asyl	26	Johanna Dohnal (SPÖ)
10	ÖFR & Politik	27	Irmgard Schmidleithner
13	ÖFR & Medien	27	Linda Hofbauer
14	ÖFR & Gewalt gegen Frauen	27	Eva Wienker-Salomon
15	ÖFR & Frauenvolksbegehren 1997 / 2018	28	Sabine Oberhauser
16	ÖFR & Internationale Frauentage	28	Christa Pözlbauer
17	ÖFR & Internationale Kontakte	29	Sonja Ablinger
19	ÖFR & Fraueneinkommen	29	Kludia Friebe
20	Frauenring-Preis	30	ÖFR-Mitglieder
		39	Quellen (Auszug)

VORWORT

Anlässlich der 50-Jahr-Feier des Einzugs von Frauen ins österreichische Parlament gründeten Herta Firnberg (SPÖ), Lola Solar (ÖVP) und Hermine Stöckl (Verband der Staatsbürgerinnen) den Österreichischen Frauenring. Der Verein setzte sich das Ziel die Interessen von Frauen sichtbar zu machen und Frauensolidarität über Parteigrenzen hinweg zu leben.

Möglicherweise war die Motivation für die Gründung auch die stiefmütterlich behandelte Umsetzung der Anliegen von Frauen in den männerdominierten Parteien. Denn eines hat sich herausgestellt und gilt auch bis heute: Die Forderungen der Frauen auf dem Weg zu einem selbstbestimmten, unabhängigen und existenzsicherenden Leben sind überall gleich.

Der Frauenring hat sich in den letzten 50 Jahren verändert. Heute vereint die Dachorganisation rund 50 Mitgliedsorganisationen aus verschiedenen gesellschafts-politischen Ebenen und Parteien. Somit vertritt der Frauenring nicht nur fast zwei Millionen Frauen und Mädchen sondern auch deren unterschiedlichen Bedürfnisse.

Die Zielsetzung des Frauenrings ist aber unverändert: Das Leben von Frauen nachhaltig zu verbessern und ihnen ein freies, unabhängiges Leben ohne Gewalt zu ermöglichen.

Viele prominente Frauen und Vorkämpferinnen zahlreicher Errungenschaften waren Vorsitzende des Österreichischen Frauenringes. Ihnen und ihrem Wirken in verschiedenen Organisationen in der Politik und in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit als Vorsitzende ist diese Festschrift gewidmet.

Gerade jetzt steht die Frauenpolitik vor besonderen Herausforderungen, von denen auch der Frauenring betroffen ist. Gerade jetzt sollten wir im Sinne dieser starken Frauen danach trachten, dass diese einzigartige Institution erhalten bleibt, damals und heute über Parteigrenzen hinweg.

Frauensolidarische Grüße,



Kludia Friebe, Vorsitzende
Maria Rösslhummer, Christa Kirchmair, stv. Vorsitzende

50 JAHRE

Der Österreichische Frauenring (ÖFR) feiert im Mai 2019 seinen 50. Geburtstag. Der Dachverband der heute rund 50 Frauenorganisationen hat seit seiner Gründung im Jahr 1969 stets den Finger am Puls der Zeit. Die Frauen formulierten Forderungen, unterstrichen sie mit Aktionen und machten sie bei Veranstaltungen und Enqueten sichtbar. Sie gründeten Arbeitsgruppen und schmiedeten Allianzen, erstellten Positionspapiere und gaben Stellungnahmen zu Gesetzestexten ab.

Die Gründung des Österreichischen Frauenrings

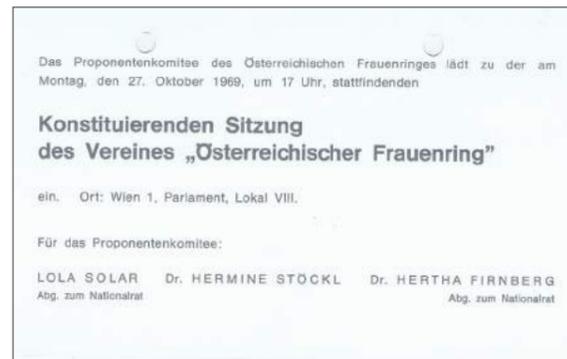
„Österreichs Frauen gehen auf die Barrikaden“, titelte die Bild-Post im Jahr 1970. SPÖ- und ÖVP-Frauen hatten am 27. März 1969 gemeinsam mit dem Verband österreichischer Staatsbürgerinnen als überparteilichem Dachverband den Österreichischen Frauenring gegründet. Anlass war die 50-Jahr-Feier des Einzugs von Frauen ins österreichische Parlament. Seither verbesserte sich zwar die gesellschaftliche Stellung der Frau, nicht aber die Möglichkeit zu gesellschaftspolitischer Mitwirkung in zufriedenstellendem Ausmaß.

Die Gründerinnen, die Nationalratsabgeordneten Lola Solar (ÖVP), Herta Firnberg und Gertrude Wondrack (SPÖ), die Abgeordnete zum Wiener Landtag Marga Hubinek (ÖVP) und die Vorsitzende des Staatsbürgerinnenverbandes Hermine Stöckl, hatten gemeinsame Ziele: die stärkere Durchsetzung der Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen, die Befassung der Öffentlichkeit mit den Problemen der Frauen sowie die Steigerung der Bereitschaft von Frauen, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Neben Erfahrungsaustausch stand die Erarbeitung von Stellungnahmen und Vorschlägen im Mittelpunkt; auch sollten internationale Kontakte gepflegt werden.

Die Bild-Post zweifelte an der Erreichbarkeit der Ziele. Meinungsbildung würde eher mit emotionalen als mit sachlichen Argumenten erreicht; die Mehrzahl der Frauen würde weiterhin den Männern vertrauen. Doch die Zeitung irrte sich.

Am 27. Oktober 1969 fand die konstituierende Sitzung statt, mit 100.000 Schilling Fördergeld machten sich

die Frauen – sehr sachlich – an die Arbeit. Sie veranstalteten Vorträge und Enqueten mit hochkarätigen Gästen: Die Historikerin Erika Weinzierl referierte über „Frau und Bildung“, Professorin Alice Hanson-Cook über die „Situation der Frau in Amerika“, die Wirtschaftspsychologin Anneliese Fuchs über „Die Rolle der Frau in unserer Zeit“, Ute Sassadeck, Präsidentin der ParlamentsredakteurInnen, über „Frau und Politik“.



Sie beließen es aber nicht bei Vorträgen, sondern wirkten an Gesetzesänderungen mit. Ganz oben auf der Agenda standen Familienplanung und Schwangerschaftsabbruch, die Rechtsstellung des unehelichen Kindes und die Novelle des Familienrechts – mit Erfolg: seit 1971 wurde die Stellung von unehelichen Kindern stetig verbessert, 1977 wurde die „väterliche Gewalt“ über die Kinder abgeschafft. Seit 1976 gilt das Unterhaltsvorschussgesetz, seit 1975 die Fristenlösung und seit 1976 das neue Familienrecht, das die Stellung des Ehemanns als Oberhaupt der Familie abschafft und die Gleichberechtigung der Frau in der ehelichen Gemeinschaft statuiert. Der Mann kann nun seiner Ehefrau nicht mehr verbieten, berufstätig zu sein.

Im Jahr 1978 zog eine der beiden ÖFR-Vorsitzenden, Frau „Bundesrat“ Edda Egger (ÖVP) Resümee: „Die Familienrechtsreform hat in der Öffentlichkeit großen Anklang gefunden, da sie eine Forderung aller Frauen war“. Die Wichtigkeit des ÖFR war unter den Frauen über die Parteigrenzen hinaus anerkannt: Marilies Flemming von der ÖVP sprach von der „guten Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen [...], obwohl die Frauen Pressionen in verschiedenen Gremien ausgesetzt waren“, Klara Motter von den Freiheitlichen

Frauen betonte die Notwendigkeit menschlicher Beziehungen trotz aller ideologischen Trennung.

Den gemeinsamen Kampf führte der ÖFR auch unter dem Vorsitz von Johanna Dohnal (SPÖ) weiter, als der Verfassungsgerichtshof im Dezember 1990 feststellte, dass das ungleiche Pensionsantrittsalter von Frauen und Männern verfassungswidrig sei. Die Mitglieder des ÖFR und andere Frauenorganisationen mobilisierten erfolgreich: Der Gleichbehandlungspakt wurde verabschiedet – im Gegenzug zur Angleichung des Pensionsantrittsalters ab 2024 wurden einige der Forderungen berücksichtigt, auch wenn vieles noch offenblieb.

Statutenänderung 1995

Obwohl sich in Österreich bis 1995 eine aktive Frauenbewegung gebildet hatte, waren im ÖFR „nur“ die Frauenorganisationen der Parlamentsparteien und der Verband österreichischer Staatsbürgerinnen Mitglied. Außerdem wollte der ÖFR, nach dem EU-Beitritt, auch Mitglied der European Women's Lobby werden und dort möglichst viele österreichische Frauenorganisationen vertreten. „Es ist daher an der Zeit, den Frauenring [...] für die wichtigen Frauenorganisationen und Initiativen zu öffnen“, schrieb Frauenministerin und ÖFR-Vorsitzende Johanna Dohnal in einem Brief an die autonomen Frauenorganisationen und lud sie ein, Mitglied im ÖFR zu werden.

Bereits im Juli 1995 traten 30 Organisationen bei. Viele davon sind heute noch Mitglied, etwa die Katholische Frauenbewegung, das EGA, das KPÖ-Frauenreferat, der Soroptimist-Club und das ABZ Austria. Seither sind zwar einige Frauenorganisationen wie die der ÖVP und der

FPÖ wieder ausgetreten, aber auch eine Vielzahl von neuen dazugekommen. Heute ist der ÖFR ein Abbild der aktiven Frauenbewegungen aus allen Bereichen.

Der ÖFR tritt seit 1995 für unterschiedlichste Themen ein: Er unterstützte die beiden Frauenvolksbegehren, kooperierte mit FrauenministerInnen bei Aktionen im Parlament, organisierte Kulturveranstaltungen, forderte von der Regierung *Gender Budgeting*, ein eigenes Frauenministerium und die Umsetzung der Istanbul-Konvention – ein Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt. Und die Frauen des ÖFR stellten sich gegen die automatische gemeinsame Obsorge nach einer Trennung bzw. Scheidung – vor allem bei strittigen Scheidungen und wenn es Gewalt gab und somit das Kindeswohl gefährdet war. Bei Round-Table-Gesprächen, in Podiumsdiskussionen und bei Workshops debattierten sie etwa über die gläserne Decke, Sexismus in der Werbung, den Gender Pay Gap, Flucht-Migration-Gewaltschutz und Frauen in den Medien.

Als der ÖFR im September 2010 nicht zu einem Gespräch bezüglich der automatischen Obsorge nach Trennung bzw. Scheidung eingeladen wurde, organisierten die Frauen vor dem Justizministerium ihren eigenen Runden Tisch und forderten, dass alle Betroffenen und ExpertInnen gehört werden müssen.

Der Österreichische Frauenring äußerte sich bei Pressekonferenzen, in Stellungnahmen in parlamentarischen Begutachtungsverfahren und in Positionspapieren zu frauenpolitisch relevanten Fragen.

Die Themen waren: das angedachte Werbeverbot für Verhütungsmittel, der Erhalt der Selbstbestim-



Runder Tisch vor dem Justizministerium, September 2010

THEMEN DES ÖSTERREICHISCHEN FRAUENRINGS

IN DEN LETZTEN 50 JAHREN HAT DER ÖFR VIELE THEMEN
BEHANDELT. EINE AUSWAHL.

ÖFR & Pension

Die Jahre 1955 bis 1984 waren das „Goldene Zeitalter der Pensionsversicherung“: Die Dynamisierung der Beiträge und Leistungen, die 13. und 14. Pension, die vorzeitige Alterspension, die Invaliditätspension, die Anrechnung der Kindererziehungszeiten auf die Pensionsanwartschaft sowie die Witwenpension wurden eingeführt und das Pensionsantrittsalter für Frauen und Männer wurde unterschiedlich festgelegt. Noch bis ins Jahr 2024 gehen Frauen früher in Pension als Männer.

Pensionsreform 1984

Mitte der 1980er Jahre endete die goldene Zeit der Vollbeschäftigung: die Weltwirtschaft kriselte, die Arbeitslosenzahlen stiegen, die verstaatlichte Industrie schrieb rote Zahlen und die Staatsschulden waren hoch. Die SPÖ-FPÖ-Regierung musste deshalb das Budget konsolidieren und eine der Maßnahmen war die Pensionsreform. Die Reform des damaligen Sozialministers Alfred Dallinger (SPÖ) sah unter anderem die Anhebung der Beitragssätze und die Senkung des Bundesbeitrages zur Pensionsversicherung, Leistungskürzungen und auch Verschlechterungen bei den Witwen- und Witwerpensionen vor.

Die drei im ÖFR vertretene Frauenorganisationen der SPÖ, ÖVP und FPÖ rückten zusammen. Die Pensionsreform dürfe keinesfalls zu Lasten der Frauen gehen. Im Jänner 1984 luden sie zu der Enquete *Pensionsreform – ein Frauenproblem?*, rechtzeitig für den

Gesetzesbeschluss: Die Witwen- und Witwerpensionen wurden nicht angegriffen.

Pensionsreform 1988

Der ÖFR verfolgte im Jahr 1988 mit „großer Sorge“ die unterschiedlichen Vorschläge bezüglich einer Neuregelung der Pensionen. 1988 wurden beträchtliche Pensionskürzungen angekündigt, die vor allem Personen mit einer eigenständigen Pension und einer Hinterbliebenenpension betraf, oft also Frauen. Der ÖFR stellte sich auf den Standpunkt, dass die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherung nicht auf dem Rücken der Frauen gelöst werden könnten: Frauen hätten am Arbeitsmarkt immer noch nicht die gleichen Chancen, würden weniger verdienen und daher geringere Pensionen erhalten. Wieder agierte der ÖFR über die Parteigrenzen hinweg und abermals erfolgreich.

Der Gleichbehandlungspakt 1992

Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes im Dezember 1990 bezüglich der Verfassungswidrigkeit eines ungleichen Pensionsantrittsalter von Frauen und Männern brachte eine neue Herausforderung mit sich.

Die ÖFR-Frauen waren sich aber einig, dass „Gleiches Pensionsrecht für Frau und Mann nur bei völliger Gleichstellung der Frauen in Arbeitswelt, Familie

mung von Schwangeren, die fehlende Finanzierung von Gleichstellungs- und Gewaltschutzagenden, die Forderung nach Maßnahmen zur Unterhaltssicherung und gegen Kinderarmut, der Schattenbericht über die UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) und die beiden Frauen*volksbegehren.

Stellungnahmen gab es etwa zum Kindschaftsrechtsänderungsgesetz (gemeinsame Obsorge), zur Strafrechtsreform (sexuelle Selbstbestimmung, sexuelle Belästigung), zum Gleichbehandlungsgesetz, zum Familienlastenausgleichsgesetz (verringerte Familienbeihilfe für Personen aus Ländern mit niedrigerem Lebensstandard), zum Mandatsverfahren im Strafprozess auch bei häuslicher Gewalt, zum Asylrecht (einschließlich der Notverordnung „Obergrenzen“) mit Augenmerk auf geflüchtete Frauen und LGBTQ-Personen, zum Kinder-Rückführungsgesetz betreffend internationale Kindesentführung, zur Nationalratswahlordnung, zur pensionsrechtlichen Ungleichbehandlung eingetragener Partnerschaften und zu vielem mehr. Zu Sexarbeit und Schwangerschaftsabbruch wurden Positionspapiere veröffentlicht.

Der ÖFR schmiedete aber auch Allianzen: Im Jahr 2011 traten der Österreichische Frauenring, das Netzwerk *Österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen*, das *UFF-Frauenvolksbegehren*, die Plattform *20000frauen* und die ÖGB-Frauen gemeinsam gegen die vorzeitige Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters auf. Seit dem Jahr 2015 setzt sich das Netzwerk *Femme Fiscale* für eine geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik ein. Der ÖFR beteiligte sich an der österreichweiten Kampagne *GewaltFREI* leben und ist seit 2016 Mitglied der gleichnamigen Allianz, die die Umsetzung der Istanbul-Konvention beobachtet und vorantreibt. Und seit 2019 engagieren sich die Mitglieder mit dem Bündnis *#KeinenMillimeter* gegen die gesellschaftliche Verurteilung des Schwangerschaftsabbruchs und für das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren.

In den letzten 50 Jahren sind einige der Forderungen erfüllt worden, unerledigte wurden stetig eingemahnt. Die von den Pionierinnen des ÖFR mitgetragenen frauenpolitischen und -rechtlichen Erfolge müssen aber auch stets verteidigt werden.



Die ÖGB-Bundesfrauen-vorsitzende Hilde Seiler „überraschte“ den damaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky beim ÖGB-Frauenkongress im Jänner 1991 eine der 70.000 Postkarten, auf denen Frauen Verhandlungen zum Gleichbehandlungspakt fordern

70.322 Frauen unterschrieben die Postkarte der ÖGB-Frauen gegen die Anhebung des Pensionsalters. Hilde Seiler präsentierte dem Bundeskanzler das Ergebnis.

und Gesellschaft“ möglich sei. GewerkschafterInnen und PolitikerInnen erarbeiteten einen Katalog mit 50 Maßnahmen und ließen sich zahlreiche Aktionen einfallen. Im Herbst 1992 wurde schließlich der Gleich-

behandlungspakt geschnürt, in den folgenden Jahren wurden Novellen in verschiedenen Gesetzesbereichen verabschiedet. Das Frauenpensionsantrittsalter wird beginnend mit 1. Jänner 2024 halbjährlich angehoben.

ÖFR & Schwangerschaftsabbruch

Auf Druck von Frauen rund um Johanna Dohnal beschloss das Parlament im November 1973 die Fristenregelung, die mit 1. Jänner 1975 in Kraft trat. Seither gab es immer wieder Initiativen zur Einschränkung bzw. Abschaffung der Regelung.

Der ÖFR forderte hingegen im Jahr 2004, dass der Passus „Jeder Mensch hat das Recht auf Familienplanung. Jede Frau hat das Recht, über ihre Gebärfähigkeit sowie über Zahl und Zeitpunkt ihrer Geburten frei und selbst zu bestimmen“ in die Verfassung aufgenommen wird.

Diese Forderungen wurden und werden vom ÖFR auch in der Öffentlichkeit vertreten, etwa in Gastkommentaren in Zeitungen oder bei Veranstaltungen. Anlässlich des 40jährigen Bestehens der Fristenlösung lud die Plattform 20000frauen Frauenorganisationen im Mai 2015 zu einer feministischen Tischgesellschaft in Wien ein. Der ÖFR war Teil davon. Die Veranstaltung fand auch 2016 unter dem Titel *Frieden schaffen ohne Waffen* und 2017 mit dem Thema 100 Jahre Frauenwahlrecht – 2018 statt.

Im Dezember 2018 brachte die Bürgerinitiative #fairändern eine Petition im Parlament ein, und die Diskussion um Abtreibungen flammte wieder auf. Mehr als 55.000 BürgerInnen unterzeichneten die Petition für eine Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches, zusätzliche Beratungen und für die Abschaffung der Spätabtreibung selbst bei schwerer Beeinträchtigung des Fötus.



Sofort formierte sich Widerstand. Am 15. Februar 2019 begann der überparteiliche Protest des Bündnisses #KeinenMillimeter mit einer Pressekonferenz: „Keinen Millimeter werden wir weichen und die Beschneidung bereits erkämpfter Rechte dulden“. Das Bündnis forderte die Zugänglichkeit des Abbruchs im Rahmen der Fristenregelung in allen öffentlichen Krankenhäusern in allen Bundesländern, ebenso den Ausbau der Beratung, außerdem die Kostenübernahme für den Schwangerschaftsabbruch und für sämtliche Verhütungsmittel.

Im März 2019 veröffentlichte der ÖFR ein Positionspapier zur Fristenlösung. Darin verteidigt er die Fristenlösung, lehnt Verschlechterungen ab und präsentiert Vorschläge zur Verhinderung von ungewollten Schwangerschaften, zur Enttabuisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und die Streichung der Regelungen des Schwangerschaftsabbruches aus dem Strafgesetzbuch.

ÖFR & Krieg und Asyl



Beim Round-Table-Gespräch am 11. November 2015 erfuhren die TeilnehmerInnen von der Leiterin der Rechtsabteilung des UNHCR-Büros in Wien, Birgit Einzenberger, über die speziellen Fluchtgründe von Frauen: Genitalverstümmelung, sexualisierte Folter, Vergewaltigung, Zwangsverheiratung oder Bildungsverbot. Beim gemeinsamen Austausch wurden die dringend notwendigen Verbesserungen im österreichischen Asylrecht beleuchtet.

Im Rahmen der Demo *Flüchtlinge willkommen* im März 2016 betonte die stellvertretende Vorsitzende des ÖFR, Brigitte Hornyik, die Notwendigkeit der Anerkennung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe. Es sei wichtig, dass die Stimmen von Flüchtlingsfrauen gehört werden.

Im Herbst 2016 standen zahlreiche NGOs und kirchliche Organisationen gegen die geplante Gesetzesänderung auf und gaben ablehnende Stellungnahmen ab, auch der ÖFR. Er kam zum Schluss, dass die von der Regierung suggerierte Notlage sich nicht beweisen ließe und dass die Änderung des Bundesgesetzes die Möglichkeiten für verfolgte Frauen auf sicheres Asyl abermals verringern würde.

Auch intern beschäftigten sich die ÖFR-Frauen mit dem Thema Krieg, Frieden und Flucht. Am 10. Mai 2017 lud der ÖFR zu einem Runden Tisch mit dem Titel „Gewaltschutz und Frauenrechte: Flucht – Migration – Gewaltschutz“. Die Teilnehmerinnen diskutierten, inwieweit häusliche Gewalt, Zwangsheirat, Ehrenmorde, Genitalverstümmelungen und Menschenhandel als Asylgründe anerkannt werden sollten. Sie sprachen aber auch über Herausforderungen wie Sprachbarrieren, prekäre Unterbringungssituation, finanzielle Hürden, rechtliches Gehör und über Partizipation im Opferschutz mit dem Fokus auf AsylwerberInnen und MigrantInnen.

Der ÖFR engagiert sich seit seiner Gründung für den Frieden. So war der ÖFR Mitorganisator des Seminars *Frauen und weltweite Abrüstung* im April 1978 in Wien. 82 Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus 23 Ländern trafen sich in Wien, um über Friedens- und Abrüstungsfragen zu beraten und eine Deklaration für die 8. UN-Vollversammlung im Sommer 1978 in New York abzufassen.

Zwanzig Jahre später organisierte der ÖFR während des Jugoslawien-Konflikts in Kooperation mit zwei Bundesministerinnen die Aktion *Frauen gegen den Krieg*. Sie sammelten Geld zur Verwirklichung von psychosozialen Projekten für Frauen und Kinder aus dem Kosovo sowie für den Ankauf einer mobilen gynäkologischen Ambulanz.

Die ÖFR-Frauen gingen auch immer wieder auf die Straße, etwa am 15. Februar 2003, als rund 20.000 Menschen in Wien gegen den Dritten Golfkrieg protestierten. Am 3. Oktober 2015 demonstrierten sie mit rund 100.000 Menschen in Wien für eine menschliche Asylpolitik. Der ÖFR machte dabei auf die problematische Situation weiblicher Flüchtlinge aufmerksam.



Titelblatt Arbeiter-Zeitung, März 1911, anlässlich des ersten Internationalen Frauentages

Der ÖFR wurde anlässlich des Jubiläums 50 Jahre Frauenwahlrecht gegründet und die Frauen folgten den Fußstapfen ihrer VorkämpferInnen der ersten Frauenrechtsbewegung. Zuerst traten sie für die Fristenlösung ein, dann für die Familienrechtsreform, später für den Erhalt der Witwenpensionen und in den 1990er Jahren für die Verabschiedung des Gleichbehandlungspaktes.

Frauenministerium & Frauenpolitik

Nach der Öffnung des ÖFR für autonome Frauenorganisationen erweiterte sich der Forderungskatalog der Dachorganisation. Eine Forderung war die Wiedereinführung eines eigenständigen Frauenministeriums, welches es seit dem Jahr 1997 nicht mehr gab. Nach den Nationalratswahlen 2013 wiederholte der ÖFR seine Forderungen zur Wiedererrichtung eines eigenständigen Ministeriums für Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten, ausgestattet mit den nötigen Kompetenzen, finanziellen und personellen Ressourcen für eine umfassende Frauen- und Gleichstellungspolitik. Geeignete Maßnahmen seien etwa: Verfassungsrecht-

liche Verankerung der verpflichtenden Erreichung der Geschlechterparität in allen Bereichen, Koppelung der Vergabe öffentlicher Gelder und Aufträge an Frauenquoten und ein nationaler Aktionsplan. Der Katalog verschwand wohl in einer Schublade, die Forderungen der ÖFR-Frauen blieben daher aufrecht.



Am 2. September 2014 protestierte die überparteiliche Initiative Wir Quotenfrauen vor dem Wiener Burgtheater gegen die Missachtung der Frauenquote und die Benachteiligung von Frauen in der Politik. Anlass war,

dass das Nationalratsmandat der verstorbenen Barbara Prammer nicht wie laut Parteistatut vorgesehen an Sonja Ablinger ging, sondern an den Gewerkschafter Walter Schopf. Unter den 52 Nationalratsabgeordneten der SPÖ waren nur mehr 17 Frauen.

Gender Budgeting

Am 10. Dezember 2013 veranstalteten VertreterInnen des ÖFR und der Plattform 20000frauen vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz einen Flashmob mit dem Slogan Ohne Frauen ist kein Staat zu machen! Die Frauen protestierten gegen die Missachtung von Frauenpolitik in den Regierungsverhandlungen und verlangten die Implementierung von Gender Budgeting. Ein Jahr später veranstaltete der ÖFR gemeinsam mit der AK Wien und verschiedenen NGOs im Dezember zum gleichen Thema den Workshop Wir haben nichts zu verschenken!



Am 3. März 2015 demonstrierte das vom ÖFR unterstützte Netzwerk von ExpertInnen und AktivistInnen, das sich für geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzt - Femme Fiscale -, gegen die geplante Macho-Steuerreform. Sie übergab dem damaligen Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) ihre Forderungen: Halbe / Halbe auch bei der Steuerentlastung. Die Initiative kritisierte die von SPÖ und ÖVP vorgelegten Steuerideen, die Männer doppelt so stark entlasten würden als Frauen.

Wahlen und Frauenthemen

Im Juni 2017 kommentierte die damalige ÖFR-Vorsitzende Sonja Ablinger die alarmierenden Ergebnisse einer Umfrage, nach der sich 43 Prozent der wahlberechtigten Frauen in Österreich von keiner Partei vertreten sahen. Themen wie Working poor, Teilzeitfalle, Lohnschere, wachsende Armut von AlleinerzieherInnen würden von der Politik nicht genügend beachtet und auch im gesetzlichen Bereich gäbe es Handlungsbedarf: Novellierung des Gleichbehandlungspaktes, die Verabschiedung

eines Entgeltgleichheitsgesetzes ohne Verschwiegenheitsklauseln und eines Unterhaltsgesetzes sowie einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Ablinger sprach auch weitere Punkte an wie den Ausbau der Gewaltschutzeinrichtungen, der Frauenhäuser und der Frauenservicestellen und sie forderte abermals die Schaffung eines eigenständigen Frauenministeriums.

Bei der schwarz-blauen Regierung verhallte Abingers Aufruf ungehört. Ablinger versprach im Namen des ÖFR und seiner mehr als 40 Mitgliedsorganisationen, die einzelnen geplanten Maßnahmen der Regierung genau zu analysieren: „Wir werden auch weiterhin für eine progressive Frauenpolitik und längst überfällige Gleichstellungsmaßnahmen kämpfen – auf den Retro-Zug der Regierung springen wir sicher nicht auf“.

Der Retro-Zug nahm aber Fahrt auf und der ÖFR analysierte: Die Frauenhäuser sind nicht ausreichend finanziert und statt weiterer Frauenhäuser sollen nun „Notunterkünfte“ errichtet werden, obwohl sich Österreich mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention verpflichtet hat, jeder Frau Schutz und Sicherheit zu garantieren. Kürzungen im Sozialsystem treffen vor allem Frauen und verschärfen so die Armutgefährdung, der Familienbonus belohnt Besserverdienende, während Alleinerziehende leer ausgehen.

Im Winter 2018 „besetzten“ mehr als 350 Frauen den Redoutensaal im Parlament. Dazu aufgerufen hatte ein breites, überparteiliches Bündnis, darunter auch der ÖFR und die Parteien (ausgenommen die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ).



Obwohl der Frauenanteil im Parlament seit 1919 von fünf Prozent auf 36 Prozent gestiegen ist, gibt es nach wie vor genug zu tun, wie etwa die Vertretung der Frauen im Parlament zeigt: Als einzige Partei erreichen die NEOS die Geschlechterparität, Schlusslicht ist die FPÖ: nur zwölf von 52 Nationalratsabgeordneten sind Frauen. Die ÖFR-Vorsitzende Claudia Friebe begrüßte das Jahr 2019 mit einer Presseaussendung, gerichtet an

die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend Juliane Bogner-Strauß. Sie erinnerte daran, dass noch viele Baustellen offen seien, etwa ein brauchbares Gesetz gegen Hass im Netz, ein Erlass zur Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes für Krisenpflegeeltern und eine staatliche Unterhaltspflicht für AlleinerzieherInnen. Die ÖVP-FPÖ-Regierung tat genau das Gegenteil. Am 25. April 2019 verabschiedete sie die „Sozialhilfe“, die

die Mindestsicherung ersetzen wird. Frieben kritisierte: „Diese Neuregelung der Mindestsicherung wird auf dem Rücken von Frauen und ihren Kindern ausgetragen [...]. Trotz Versprechungen tut die Regierung nichts, um AlleinerzieherInnen und ihren Kindern ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Kinderarmut in einem reichen Land wie Österreich ist schlicht eine Schande.“



Femme Fiscale ist ein Netzwerk von ExpertInnen und AktivistInnen, die sich für eine geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzen.

ÖFR & Medien



V.l.n.r.: Alexander Millecker (ATV), Ulli Weish (Medienwissenschaftlerin), Gabriele Heinisch-Hosek (dam. Frauenministerin), Sonja Ablinger (Frauenring), Rainer Nowak (Die Presse), Fritz Dittlbacher (ORF)

Die beiden ÖFR-Vorsitzenden Christa Pözlbauer (200–2015) und Sonja Ablinger (2015–2018) nahmen sich ab dem Jahr 2007 neuer Themen an: Vertretung der Frauen im ORF-Publikumsrat, Frauen als ExpertInnen im ORF, Frauenthemen in Medien und Frauen als Werbesujet. Pözlbauer stellte fest, dass feministische Themen in den Medien allenfalls am Rande angesprochen würden. Dadurch könnten Frauenthemen durch PolitikerInnen weiterhin größtenteils ignoriert werden. Es sei nicht ausreichend, Frauenthemen nur am Internationalen Frauentag zu beleuchten.

Frauen und der ORF

2007 bewarb sich der ÖFR erfolglos um einen Sitz im ORF-Publikumsrat, 2009 wurde die Forderung wiederholt. Hunderte Frauen nutzten bei der Anfang 2010 durchgeführten Fax-Wahl die Möglichkeit, ihren Protest zu deponieren, bis dato vergeblich.

Immer wieder machte der ÖFR auch darauf aufmerksam, dass zu wenige Frauen als ExpertInnen zu diversen Sendungen geladen würden. Also formulierte der ÖFR einen Musterbeschwerdebrief und startete eine E-Mail-Aktion. Die Mails gingen an verschiedene Stellen des ORF und an PolitikerInnen. Der ORF-Publikumsrat sagte schließlich zu, das Thema im Beschwerde- und Programmausschuss zu behandeln. Dennoch werden auch heute noch wesentlich mehr Männer als Experten gehört.

Sexistische Werbung

Seit den 1990er Jahren zeigte der ÖFR immer wieder sexistische Werbungen auf und startete Kampagnen, etwa im Jahr 2008 gegen eine sexistische Baumax-Werbung im Internet. Das Sujet zeigte eine Frau, die bei jedem Klick ein Kleidungsstück auszog. Baumax entfernte das Werbeinserat und bedauerte, mit dieser Schaltung diskriminierende und sexistische Assoziationen hervorgerufen zu haben. In einem anderen Fall trat im ORF ein Heimwerker auf, der neue Fenster montierte und dabei von drei jungen Frauen im Bikini umtänzelt wurde.

Der ÖFR nahm Kontakt zum Werberat auf. Daraufhin wurden Karin Tertinegg (Verein österreichischer Juristinnen) und ÖFR-Vorsitzende Christa Pözlbauer in die Arbeitsgruppe *Sexismus und Frauendiskriminierung* eingeladen.

Das große Schweigen

Der ÖFR lud am 16. Juni 2015 zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Das große Schweigen – Frauenpolitik in den Medien“. Die erstmals im Jahr 2014 von *Media Affairs* erstellte Studie *Frauenpolitik und Medien* präsentierte eine Analyse der Repräsentanz von Frauenpolitik in Printmedien. Das Ergebnis war, dass Frauenpolitik im Themenranking im hinteren Bereich lag. Die Veranstaltung fand ein Jahr später, am 19. September 2016, erneut statt.

ÖFR & Gewalt gegen Frauen

Eines der wichtigsten Themen von Johanna Dohnal war die Gewalt gegen Frauen. Auf ihre Initiative hin wurde 1978 das erste Frauenhaus Österreichs eröffnet und zahlreiche Gesetze wurden verabschiedet. Seit dem Jahr 1983 werden Frauen, die Opfer eines Gewaltdelikts sind, wenn möglich von Polizistinnen statt von Polizisten einvernommen.

Mit den Reformen der Strafprozessordnung in den 1980er Jahren wurde die Situation der von Gewalt betroffenen Frauen bei Strafverfahren verbessert. Vergewaltigung innerhalb der Ehe wurde strafbar und seit 1989 kann gewalttätigen EhepartnerInnen der Zutritt zur gemeinsamen Wohnung verboten werden. Seit 1993 gilt sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz als Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Seit dem Jahr 2016 legt das Strafrechtsänderungsgesetz fest, dass sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum strafbar ist. Unter dem Motto „Ein Nein muss genügen“ wurde im gleichen Jahr der Opferschutz verbessert und der Strafraum für Gewalttäter erheblich verschärft.

In den Jahren 1992 und 1993 veranstaltete Dohnal im Rahmen der internationalen Kampagne *Gewalt gegen Frauen* zahlreiche Konferenzen. Auch heute noch wird zwischen dem 25. November, dem *Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen*, und dem Tag der Menschenrechte am 10. Dezember weltweit und auch in Österreich auf das Recht auf ein gewaltfreies Leben aufmerksam gemacht.

Im ÖFR ist eine Vielzahl von Frauenorganisationen versammelt, die von Gewalt betroffenen Frauen zur Seite stehen und sich gegenseitig unterstützen, so auch bei der Kampagne des AÖF *Ich unterstütze*. Ziel war es, die Bevölkerung auf die im November 2013 von Österreich ratifizierte Istanbul-Konvention aufmerksam zu machen, ein Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

Im Jahr 2017 fanden zwei Round Tables zum Thema *Gewaltschutz und Frauen auf der Flucht / Migration* statt. In der Diskussion wurde klar, dass von Gewalt betroffene Migrantinnen es ob ihres unsicheren Aufenthaltsstatus' selten wagen, zur Polizei zu gehen. Gewaltschutz spielt im Asyl- und Fremdenrecht eine untergeordnete Rolle. Es wurden zahlreiche Gegenmaßnahmen erarbeitet; diese können aber nicht mehr umgesetzt werden, da das Bundesministerium im August 2018 einen diesbezüglichen Förderantrag ablehnte.

Der ÖFR nahm auch immer wieder an Podiumsdiskussionen teil, etwa an jener am 10. März 2018 mit dem Titel *Frei von Gewalt*. Er ist auch Teil von Allianzen, etwa von *GewaltFREI Leben*. Diese Initiative führte zahlreiche Projekte zur Sensibilisierung bezüglich des Themas Gewalt an Frauen und Kindern durch und gab den Leitfaden „Verantwortungsvolle Berichterstattung für ein gewaltfreies Leben. Anregungen zur medialen Prävention von Gewalt an Frauen und ihren Kindern“ heraus. Die Allianz kritisierte im April 2018, dass die ÖVP-FPÖ-Regierung nur 10 Millionen Euro in Gleichstellungs- und Gewaltschutzagenden investierte – nicht einmal 1,14 Euro pro EinwohnerIn.



Anlässlich der steigenden Zahl an Frauenmorden durch Angehörige oder (Ex-) Partner, riefen OBRA – *One Billion Rising* und das Frauen*Volksbegehren gemeinsam mit dem Österreichischen Frauenring und der Allianz *GewaltFREI Leben* zur Aktion *Für ein Ende der Gewalt an Frauen* am Ballhausplatz auf: Ziele waren die Wiederherstellung der Förderlandschaft und eine *ECHTE Sicherheit für Frauen*.

Jährlich am 14. Februar tanzen auch ÖFR-Frauen bei der Kundgebung von *One Billion Rising*, dem getanzten Protest für ein Ende der Gewalt gegen Frauen und Mädchen.



ÖFR & Frauenvolksbegehren 1997 / 2018

Christa Pözlbauer war eine der Organisatorinnen des ersten österreichischen Frauenvolksbegehrens im Jahr 1997. Fast 650.000 Menschen unterschrieben die Forderungen wie etwa: Abbau von Einkommensdifferenzen zwischen Männern und Frauen, Quotenregelung, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Kündigungsschutz nach der Karenz. Einige der Forderungen des Frauenvolksbegehrens sind in der Folge ganz oder zumindest teilweise umgesetzt worden: Teilzeitbeschäftigte erhalten 25 Prozent Mehrarbeitszuschläge. Die Karenz endet spätestens nach 24 Monaten unabhängig vom Familienstand, Eltern haben nach dreijähriger durchgehender Beschäftigung in einem Betrieb Anspruch auf Teilzeitarbeit, und PensionistInnen mit niedrigen Pensionen erhalten eine Ausgleichszulage. Das PartnerInneneinkommen wird bei der Auszahlung der Notstandshilfe nicht mehr angerechnet.

Eine Vielzahl von Forderungen ist jedoch offen geblieben. Dies war einer der Gründe dafür, dass zum 20jährigen „Jubiläum“ des Frauenvolksbegehrens sich wieder eine Gruppe von Frauen zusammenfand um das Frauen*Volksbegehren 2.0 zu starten. Die erste Pressekonferenz fand am 28. April 2017 statt. Der Forderungskatalog des zweiten Frauen*Volksbe-

gehrens umfasste Forderungen wie Abtreibung auf Krankenkassenkosten, verbesserter Schutz für Geflüchtete, Verbot sexistischer Werbung, Bekämpfung von Frauenarmut, effektiver Gewaltschutz für Frauen, die schrittweise Einführung der 30-Stundenwoche und natürlich auch das Ende des Gender Pay Gaps und echte Gleichberechtigung.

Fast 482.000 Menschen unterschrieben das zweite Frauen*Volksbegehren. Als es am 11. Dezember 2018 in der Nationalratssitzung behandelt wurde, saßen weder MinisterInnen noch StaatssekretärInnen auf der Regierungsbank. Am 24. April 2018 wurde das Frauen*Volksbegehren vom Nationalrat „endabgefer-tigt“. Es sind 32 Anträge der Opposition und zwei Anträge der Regierung dazu eingebracht worden, trotzdem zeigen sich die InitiatorInnen und Unterstützenden des Volksbegehrens enttäuscht, denn bei den zentralen Themen wie Unterhaltsgarantie, Einkommenstransparenz, Gewaltprävention, Bekämpfung von Geschlechterstereotypen und gesetzlicher Anerkennung frauen- und geschlechterspezifischer Fluchtgründe konnte keine fraktionsübergreifende EntschlieÙung erreicht werden.



V.l.n.r.:
Christian Berger,
Andrea Hladky,
Lena Jäger,
Sifteh Hashemi

ÖFR & Internationale Frauentage



Anlässlich des 100-Jahre-Jubiläums des Internationalen Frauentages im März 2011 verhüllten Aktivistinnen das Denkmal der Republik

Beim ersten *Internationalen Frauentag* am 19. März 1911 demonstrierten in Wien 20.000 Frauen für das Frauenwahlrecht und für den Schutz des Lebens und der Gesundheit der arbeitenden Frauen, für ausreichenden Lohn, menschenwürdige Behandlung und die Versorgung von Witwen, Waisen und GreisInnen. Auch in den folgenden Jahrzehnten war der Internationale Frauentag stets ein Anlass für Rückschau auf Erreichtes und Hinweis auf noch unerfüllte Forderungen. Dieser Tradition schloss sich der ÖFR an.

Im Jahr 1999 lud die Ministerin für Frauenangelegenheiten und Konsumentenschutz, Barbara Prammer, gemeinsam mit dem ÖFR erstmals ins Parlament. Es gab Referate über die Einkommenssituation der Frauen, Diskussionen, ein Kulturprogramm, und in der Säulenhalle des Parlaments fand eine vom ÖFR organisierte Infomesse statt.

Anlässlich des 100-Jahre-Jubiläums des Internationalen Frauentags im März 2011 gingen mehr als 10.000 Frauen auf die Straße, darunter auch die ÖFR-Frauen. Prammer, der ÖFR und andere Initiativen luden abermals ins Parlament. 34 Frauenorganisationen diskutierten im Regierungssaal über die vielfältigen Herausforderungen, sahen Performances und informierten sich an Info-tischen in der Säulenhalle.

In den Jahren 2008, 2009 und 2010 ließen sich die ÖFR-Frauen zum Internationalen Frauentag etwas ganz Besonderes einfallen: Zwischen 3. und 8. März öffneten sie täglich ein Fenster im Frauenwunschkalender in Form von Presseaussendungen. Sie formulierten dringende feministische Forderungen.

Doch Presseaussendungen zum Frauentag sind nicht genug, es braucht kontinuierliche Berichterstattung, die sich differenziert mit feministischen Themen auseinandersetzt und es muss ständig über Frauenthemen diskutiert werden, wie auch am Frauentag 2018, als der ÖFR mit anderen Frauenorganisationen bei der vom AÖF und der Allianz *GewaltFREI leben* an der Podiumsdiskussion *Frei von Gewalt* teilnahm.



Festveranstaltung im Parlament zum 100-Jahre-Jubiläum

ÖFR & Internationale Kontakte



Seit der Gründung des ÖFR im Jahr 1969 gibt es internationale Kontakte und Projekte. Seit dem EU-Beitritt im Jahr 1995 gibt es Forderungen auch an die Europäische Union, internationale Abkommen umzusetzen.

Europäische Frauen-Union (EFU)

Bis ins Jahr 1995 verwendeten die ÖVP-Frauen die Zuwendungen aus dem ÖFR-Fördertopf für die Teilnahme an den Konferenzen der EFU. Diese Organisation setzt sich seit 1953 für die Stärkung der Frauen in ganz Europa ein. Themen waren etwa Gesellschaftspolitik, Umweltschutz und Gesundheit, aber auch Vorbereitungen zum Weltfrauenkongress 1985 in Nairobi. Im Jahr 2015 schied die österreichische Fraktion aus der EFU aus.

European Women's Lobby (EWL)

Mit dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 wurde der ÖFR Mitglied in der EWL – der größten europäischen Dachorganisation – die sich für Gender Mainstreaming und für ökonomische und soziale Gerechtigkeit einsetzt, und gegen Gewalt an Frauen kämpft. Der ÖFR nominiert Delegierte und Expertinnen, die unter anderem an Austauschtreffen, Webinaren und Seminaren teilnehmen sowie Kampagnen und Publikationen mitgestalten. Im Zentrum steht die frauenpolitische Vernetzungs- und Lobbyarbeit auf europäischer Ebene.

Für den ÖFR reiste ab dem Jahr 2006 die Dolmetscherin und UNO-Delegierte der *Business & Professional Women Austria* Marlene Parenzan zu den Treffen der

EWL. Jahrzehntlang setzte sie sich für Frieden und Frauenrechte ein und berichtete im ÖFR regelmäßig über internationale Beratungen und Seminare.

Seit dem Jahr 2014 vertraten Christiane Ugbor (Afrikanische Frauenorganisation) und die ehemalige EU-Abgeordnete Illona Graenitz (SPÖ) die Interessen des ÖFR in der EWL. Im Jahr 2016 übernahm Sophie Hansal die Position Graenitz' als stellvertretende Delegierte. Die Expertinnen arbeiteten am Aktionsplan zur Umsetzung der Europaratskonvention zum Abbau der Gewalt gegen Frauen mit (*From Word to Actions* / 2014), unterstützten die Arbeit der EWL betreffend sicheren und legalen Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen und brachten sich in zahlreichen Arbeitsgruppen und in Kampagnen ein. Weiters arbeiteten sie an Broschüren und Publikationen zu diversen frauenpolitisch relevanten Themen mit – unter anderem zu den Rechten von geflüchteten Frauen (*Women's Voices* / 2016), der Sicherheit von Frauen im Internet (*#HerNetHerRights* / 2017) und zur politischen Repräsentation und Partizipation von Frauen (*Women (RE)shaping Power* / 2018).

Der ÖFR entsendet außerdem Expertinnen in das EWL Observatory on Violence against Women, einer internationalen Frauengruppe, die sich auf europäischer Ebene für Verbesserungen im Gewaltschutz einsetzt. Die Vielfalt feministischer Positionen wird auch in diesem Kontext sichtbar – der ÖFR teilt nicht die abolitionistische Position der EWL zum Thema Sexarbeiter –, arbeitet hingegen punktuell immer wieder mit dem europäischen Netzwerk für die Rechte migrantischer SexarbeiterInnen (TAMPEP) zusammen.

Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW)

Im Jahr 1982 ratifizierte Österreich das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Damit verpflichtete sich der Staat wie fast 190 andere Staaten, Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass Bereiche wie Pflege, Zuwanderung, Fiskalpolitik, Gesundheitswesen endlich auch aus Genderperspektive betrachtet werden. In vielen Punkten ist Österreich noch säumig und der ÖFR erinnert die jeweiligen Regierungen immer wieder daran. Im Jahr 2000 ratifizierte Österreich das Fakultativprotokoll zur CEDAW. Seither besteht die Möglichkeit sich bei der Kommission über Verletzungen des CEDAW zu beschweren.

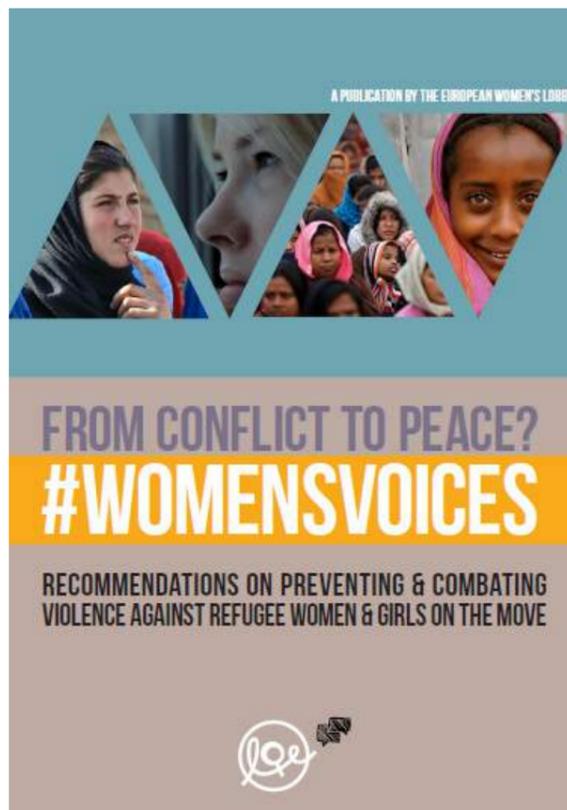
Europäische Union

Im Vorfeld des Beitritts Österreichs in die EU im Jahr 1995 beschäftigten sich die ÖFR-Frauen mit dem Thema und luden auch Spezialistinnen wie die Integrationsbeauftragte der Bundeswirtschaftskammer zu Vorträgen über Österreich und die EU ein. Im Jahr nach dem Beitritt startete der ÖFR das Projekt *Nationale Strategien zur Förderung der Chancengleichheit in Österreich*. Ingrid Klein von der Katholischen Frauenbewegung und die damalige ÖFR-Vorsitzende Irmgard Schmidleithner luden in ganz Österreich zu Veranstaltungen ein. Sie behandelten Fragen wie: Wie sind Frauen in die Europäische Politik eingebunden? Wie und mit welchem Nachdruck werden Frauenanliegen in Europa vertreten? Wohin entwickelt sich das „weibliche“ Europa? Haben Österreichs Frauen nun mehr Chancen und Möglichkeiten? Der ÖFR gab auch den Leitfaden *Frauenförderung in Österreich und in der EU – Arbeitsmarkt und Qualifikation* heraus.

Mit dem EU-Beitritt eröffneten sich für die ÖFR-Frauen neue Handlungsfelder. Am 25. Februar 2013 lud der ÖFR zu einer Podiumsdiskussion über die *Auswirkungen der Eurokrise aus feministischer Sicht*. ExpertInnen debattierten über feministische Antworten auf die Wirtschaftskrise und über alternative Wirtschaftsformen.

Der ÖFR formulierte aber auch Forderungen an die EU, etwa, dass bei der Vergabe von Fördergeldern aus dem EU-Strukturfonds der Schwerpunkt auf Gleichstellung und Ausbau sozialer Dienstleistungen liegen müsse.

Broschüre zu den Rechten von geflüchteten Frauen, 2016



ÖFR & Fraueneinkommen



Pressekonferenz, *Kriminaltango auf der gläsernen Decke*, Dezember 2007
V.l.n.r.: Sandra Konstatzky, Brigitte Hornyik, Christa Pözlbauer, Maria Schenk

Lohnspanne, Einkommensschere, Gender Pay Gap sind nur drei Bezeichnungen, die das gleiche bedeuten: das ungleiche Einkommen von Frauen und Männern, obwohl sie gleichwertige Arbeit leisten.

Zur Zeit der Gründung des ÖFR im Jahr 1969 lag der Gender Pay Gap bei rund 50 Prozent, bei der Öffnung des ÖFR für autonome Frauenorganisationen im Jahr 1995 immer noch bei etwas mehr als 30 Prozent und im Jahr 2018 bei 19,6 Prozent.

Die Gründe dafür sind vielfältig und wurden auch vom ÖFR regelmäßig aufgezeigt, mit Fakten belegt und mit Änderungsvorschlägen flankiert, etwa, was den Zusammenhang zwischen fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Zugang zu Vollzeitarbeitsplätzen betrifft.

Der ÖFR lud zu Diskussionsabenden ein, etwa im April 2005 zum Thema *Frauen und Arbeitsmarkt – ein schwieriges Verhältnis* und zur Zunahme prekärer und unsicherer Frauenjobs. Anlässlich des Equal-Pay-Days am 18. Oktober 2012 fand ein Diskussionsabend mit dem Titel *Lohndiskriminierung – Mythos oder Realität?* statt. Nach vier Jahren Erfahrung mit den Einkommensberichten veranstaltete der ÖFR am 23. Februar 2016 einen Round Table mit Titel *Einkommensberichte – was ist da (noch) drin?*

Neben den Diskussionsabenden startete der ÖFR auch eigene Projekte, wie etwa im Jahr 2007 *Kriminaltango auf der gläsernen Decke*. Die Frauen forderten unter anderem eine verpflichtende Frauenquote für Top-Positionen in der Privatwirtschaft und eine paritätische Besetzung aller Gremien.

Im Rahmen des Projektes Kampagnenarbeit und Begleitung der Vernetzungsarbeit 2017/2018 war einer der drei Schwerpunkte Equal Pay. Am 24. Jänner 2018 startete die Kampagne *Einkommenstransparenz* mit einer Veranstaltung. Forderungen wie Zusammenführung der bestehenden Einkommensberichte auf einen bundesweit einheitlichen Standard sind bis heute unerledigt.

FRAUENRING-PREIS

SEIT DEM JAHR 2011 VERLEIHT DER ÖFR DEN FRAUENRING-PREIS AN PERSONEN, DIE SICH FÜR DIE ANLIEGEN DER FRAUEN ENGAGIEREN UND IM INTERESSE DER GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG BESONDERS VERDIENT GEMACHT HABEN.

Frauenring-PreisträgerInnen

2011

Renata Schmidtkunz, *Theologin, Sendeverantwortliche der Ö1-Sendereihe „Im Gespräch“* und **Paul Gulda**, *Komponist, Pianist* wurden zusammen für ihren Einsatz zur Beseitigung des Werbeplakates eines „Exklusiven Nachtclubs“ am Wiener Flughafen in Schwechat

gewürdigt. Schmidtkunz protestierte seit 2007 dagegen und für Gulda war das sexistische Plakat eine Herabsetzung der Frauen- und Menschenwürde.

2014



Christiana Jankovics

ORF-Betriebsrätin und Mitglied des Stiftungsrates.

Sie leistet feministische Pionierarbeit im ORF, treibt das Gender-Budgeting voran, kämpft um frauengerechte Vielfalt im ORF und hat einen Gleichstellungsplan initiiert, den die Arbeitsgruppe für Gleichstellungsfragen geschrieben und der Generaldirektor erlassen hat. Dieser Gleichstellungsplan wurde durch das *European Institute for Gender Equality* zum *Best Practice Modell* als Empfehlung für europäische Medienhäuser erkoren.

Irma Schwager

antifaschistische Widerstandskämpferin und Friedensaktivistin.

Sie floh 1938 aus Österreich nach Frankreich und schloss sich dort der Résistance an. Nach ihrer Rückkehr nach Österreich setzte sie sich u. a. aktiv für eine Reform des Scheidungsrechtes und eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs ein. Mit dem Frauenring-Preis will der ÖFR ihre außergewöhnliche Zivilcourage würdigen.

Ulrike Truger

Steinbildhauerin

Sie ist hinsichtlich ihrer monumentalen Skulpturen nicht nur die einzige SteinbildhauerIn Österreichs, sie ist auch jene Künstlerin, die im Öffentlichen Raum beharrlich gesellschaftspolitische Stellungnahmen einfordert. Ihre „Denkmalsetzungen“ sind für sie „Kampf sowohl für das

humanistische Anliegen als auch für die Gültigkeit der künstlerischen Aussage und ein Kampf gegen den resignativen Rückzug der Kunst aus der politia“.

2015



V.l.n.r.:

Ursula Kubes-Hofmann,
Susanne Riegler,
Christa Pölzlbauer,
Elfriede Hammerl,
Susanne Kirchmayr (Electric Indigo),
Gabriele Heinisch-Hosek

Elfriede Hammerl

Journalistin und Schriftstellerin

Sie wurde mit dem Frauenring-Preis für ihr feministisch-politisches Engagement und ihre jahrzehntelange journalistische Arbeit, die wenig privilegierte Menschen ins Zentrum rückt, geehrt. Mit „Humor und spitzer Feder“ gibt sie Frauen und marginalisierten Gruppen eine Stimme. Sie setzt sich für jene Menschen ein, die in der Gesellschaft kaum gehört werden – Frauen, Kinder, MigrantInnen, von Armut Betroffenen – und zeichnet Wege eines gerechten Miteinanders vor.

Susanne Riegler

Filmemacherin, Journalistin

Sie ist seit Jahrzehnten eine kritisch-feministische Stimme in den österreichischen Medien, setzt sich für gesellschaftliche Veränderungen ein. Den Frauenring-Preis erhielt sie aber insbesondere für ihren politischen Dokumentarfilm „Der lange Arm der Kaiserin“, der die Geschichte des Schwangerschaftsabbruchs in Österreich beleuchtet. Der Film sorgte in Österreich für Aufruhr, brach Tabus und schuf Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten für feministische Themen.

Electric Indigo (Susanne Kirchmayr)

Musikproduzentin, Techno-DJ

Sie ist Musikerin, Komponistin, DJ und Gründerin von *female:pressure*, einem internationalen Netzwerk von female, transgender und non-binary artists. Im März 2019 zählte die Plattform mehr als 2.400 Mitglieder aus 75 Ländern. Den Frauenring-Preis erhielt sie für ihr künstlerisches Schaffen und ihre engagierte feministische Vernetzungsarbeit.

Ursula Kubes-Hofmann

Erwachsenenbildnerin

Sie wurde mit dem Anerkennungspreis ausgezeichnet. Kubes-Hofmann war die Gründerin des *Rosa-Mayreder-Colleges* (1999-2012), eines feministischen Erwachsenenbildungsangebots an der Schnittstelle von feministischer Theorie und Praxis. Außerdem war sie Gründerin, Mitherausgeberin und Chefredakteurin der Zeitschrift *sic! Forum für feministische Gartengarten* (1993-2009).

2016



V.l.n.r.:

Sonja Ablinger, Margit Böck,
Ulli Weish, Sybille Hamann,
Julia Rabinowich, Helene
Maimann, Gabriella Hauch,
Gabriele Heinisch-Hosek

Sibylle Hamann

Journalistin, Autorin, Politikwissenschaftlerin

Sie erhielt den Frauenring-Preis für ihre langjährige journalistische Arbeit, dafür, dass sie mit Mut und Feingefühl auf soziale Missstände hinweist und sich dabei nie an Trends orientiert und trotz Gegenwinds unermüdlich feministische Themen aufgreift.

Gabriella Hauch

Professorin für Geschichte der Neuzeit, Frauen- und Geschlechtergeschichte

Sie ist eine der Gründungsprofessorinnen und Institutsvorstehende des gesamtuniversitären Instituts für Frauen- und Geschlechterforschung an der Johannes Kepler Universität in Linz. Seit September 2011 ist sie Professorin für Frauen- und Geschlechtergeschichte an

der Universität Wien mit Schwerpunkten wie *Geschlecht und Nationalsozialismus* und *Frauen und Politik in Österreich 1848-1938*. Sie ist seit 2012 Mitherausgeberin der einzigen österreichischen Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft: *L'Homme*.

Ulli Weish

Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin, Universitätslektorin, Aktivistin der Plattform 20000frauen

Weish organisiert antirassistische und antisexistische Aktionen im öffentlichen Raum, Performances, entwickelt Slogans, Texte und neue Aktionsformate. Seit dem Jahr 2010 ist sie Medienaktivistin der Plattform 20000frauen. Sie wird für ihr feministisches Engagement ausgezeichnet, das wissenschaftliche Theorie und politischen Aktionismus verbindet.

2017

Elisabeth Holzleithner

Universitätsprofessorin für Rechtsphilosophie und Legal Gender Studies, Vorständin des Instituts für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht

Sie gilt als führende Wissenschaftlerin im Bereich Legal Gender Studies, schreibt immer wieder Texte über inter*geschlechtliche Körperlichkeiten, Menschenrecht, emanzipatorisches Recht, sie verfasst Gastkommentare zu Themen wie Frauenquoten oder gibt Interview darüber, wie Stereotype noch immer Geschlechterdiskriminierung begünstigen.

Käthe Kratz

Filmemacherin, Schriftstellerin

Käthe Kratz ist eine der Pionierinnen der neuen Frauenbewegung in Österreich. Sie zeigt stets große Leiden-

schaft und Interesse für Menschen und ihre Geschichten wie etwa mit ihrem Fünfteiler *Lebenslinien – Porträts aus drei Generationen Frauenunterdrückung*, mit dem sie als Filmemacherin Frauengeschichte geschrieben hat.

Esra Özmen aka EsRAP

Rapperin, Kulturarbeiterin, bildende Künstlerin

Sie sagt: „Rap ist Widerstand“. Gemeinsam mit ihrem Bruder Enes bildet sie das Duo EsRap. In ihren Songs thematisierten sie auf unterschiedlichste Weise Diskriminierung und Marginalisierung, reagieren mit Rap auf politische und gesellschaftliche Problemstellung und verschaffen dafür so Gehör. Im Zentrum stehen aber auch Bildung und Freiheit, Sprache, Rassismus, Migrationsgeschichte und Genderfragen – Frausein in der Hip-Hop-Szene.

2018



V.l.n.r.:

Bundespräsident Alexander
Van der Bellen, Sonja Ablinger,
Aiko Kazuko Kurosaki,
Doris Schmidauer, Susanne Karr

Aiko Kazuko Kurosaki

Tänzerin, Choreografin, Performerin

Kurosaki ist Mitbegründerin, künstlerische Leiterin (seit 2013), Obfrau von *One Billion Rising Austria* (seit 2015), Teil einer weltweiten Organisation, die sich dem Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen durch künstlerische Kampagnen verschrieben hat. Seit Jahrzehnten arbeitet sie künstlerisch und aktivistisch zu Umweltthemen und zu sozialkritischen Themen und hat enge Kooperationen mit mehreren feministischen Initiativen.

Ingrid Nikolay-Leitner

Anwältin der Gleichbehandlungsanwaltschaft

Sie wird für ihr andauerndes Engagement für Gleichbehandlungsfragen mit dem Frauenring-Preis geehrt. Sie wurde im Jahr 1990 die erste – und war bis 1998 die einzige – Gleichbehandlungsbeauftragte. Seit der Einrichtung der Gleichbehandlungsanwaltschaft sind

die Themen gleich geblieben: Schlechtere Bezahlung von Frauen, sexuelle Belästigung. Sie legte bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 2018 stets Wert darauf, Antidiskriminierungsmaßnahmen auf das höchste Niveau zu heben und stetig an der Verbesserung der Standards zu arbeiten.

Nicola Werdenigg

Schirennläuferin

Sie erhielt den Frauenring-Preis 2018 in Anerkennung des besonderen feministischen Engagements für eine Beendigung sexueller Gewalt und für die klare Stellungnahme für die Rechte von Opfern sexueller Gewalt. Mit der Verleihung des Frauenring-Preises wird ihr Mut gewürdigt, Machtmissbrauch und sexuelle Gewalt im Österreichischen Skiverband zu thematisieren. Sie zeigt den Zusammenhang zwischen sexuellem Missbrauch, Erniedrigung und Tabuisierung und den strukturellen Rahmenbedingungen auf.

VORSITZENDE

IM JAHR 1969 GRÜNDETEN SPÖ- UND ÖVP-FRAUEN DEN ÖSTERREICHISCHEN FRAUENRING UND BIS 1991 TEILTEN SIE SICH DEN VORSITZ. SEIT DEM JAHR 1991 GIBT ES IMMER NUR EINE VORSITZENDE.



Hertha Firnberg (SPÖ)

* 18. September 1909, † 14. Februar 1994

Bundesrätin 1959–1963, Nationalratsabgeordnete 1963–1983, Vorsitzende der sozialistischen Frauen 1967–1981, Wissenschaftsministerin 1970–1983, Vorsitzende des Österreichischen Frauenringes 1969–1982

Hertha Firnberg wuchs in Wien und Niederösterreich auf. Sie war während ihrer Schulzeit Mitglied im *Verband Sozialistischer Mittelschüler*, als Studentin im *Verband Sozialistischer Studenten* und trat 1928 der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* bei.

Im Jahr 1936 promovierte sie zur Doktorin der Philosophie, arbeitete während des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus als Nachhilfelehrerin und als freie Wirtschaftsjournalistin. Nach Kriegsende wechselte sie zuerst an die Universität Wien und dann in die niederösterreichische Arbeiterkammer.

Ihre politische Karriere begann 1959, sie wurde Mitglied des Bundesrates, 1963 Abgeordnete zum Nationalrat und 1967 Vorsitzende der sozialistischen Frauen. Gemeinsam mit Lola Solar (ÖVP) und dem *Verband österreichischer Staatsbürgerinnen* gründete sie im Jahr 1969 den Österreichischen Frauenring. Im Jahr 1970 wurde sie nach Grete Rehor (ÖVP) die zweite Ministerin Österreichs. Als Wissenschaftsministerin war sie maßgeblich an der Abschaffung von Studiengebühren und an der Verabschiedung des Universitätsorganisationsgesetzes 1975

beteiligt, setzte sich für die Verabschiedung der Fristenlösung (1973) ein und außerdem für die konsequente Förderung von Frauen als höhere Beamtinnen und als Universitätslehrerinnen.



Lola Solar (ÖVP)

* 13. Mai 1904, † 20. Mai 1989

Nationalratsabgeordnete 1949–1970, Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung 1950–1970, Vorsitzende der Europäischen Frauen-Union 1955–1959, Vorsitzende des Österreichischen Frauenringes 1969

Lola Solar wuchs in Niederösterreich auf, maturierte im Jahr 1926 an einer Lehrerbildungsanstalt und legte im Jahr 1932 die Lehrbefähigungsprüfung für den Unterricht an Hauptschulen ab. Im Jahr 1933 begann sie zu arbeiten. Politisch engagierte sie sich in der *Katholischen Jugend* und in der *Katholischen Aktion*. Nach dem sogenannten „Anschluss“ verlor sie im April 1938 ihre Stelle, da sie Mitglied in der austrofaschistischen Partei „Vaterländische Front“ gewesen war, wurde aber im Herbst 1938 wieder eingestellt und war bis 1945 Lehrerin und später Hauptschuldirektorin.

Nach Kriegsende organisierte sie die Frauen von Mödling, wurde im Jahr 1950 Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung, war zwischen 1949 und 1970 Nationalratsabgeordnete. Im Jahr 1953 fand auf

ihre Initiative hin in Salzburg der *Kongress christlich-demokratischer Frauen Europas* statt, daraus entwickelte sich die *Europäische Frauen-Union*.

Im Jahr 1969 gründete sie gemeinsam mit Hertha Firnberg (SPÖ) und dem Verband österreichischer Staatsbürgerinnen den Österreichischen Frauenring.



Edda Egger (ÖVP)

* 29. Juni 1910, † 15. Oktober 1993

Gemeinderätin in Graz 1953–1958, Landtagsabgeordnete Steiermark 1957–1970, Bundesrätin 1970–1977, Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung 1970–1974, Vizepräsidentin der Europäischen Frauen-Union 1973–1976, Vorsitzende des Österreichischen Frauenringes 1970–1978

Edda Egger wuchs in der Steiermark auf, absolvierte die *Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe* in Graz und die Ausbildung zur Lehrerin für Hauswirtschaftslehre in Wien. Im Jahr 1933 bestand sie die Lehrbefähigungsprüfung und lehrte in Graz und wurde Fachschulinspektorin.

Am 1. Juni 1938 beantragte sie die Aufnahme in die NS-DAP, was auf eine Tätigkeit als „Illegale“ während der Zeit des Austrofaschismus schließen lässt. Sie blieb bis April 1945 Mitglied.

Nach Kriegsende engagierte sich Egger ab 1948 in der Frauenbewegung der ÖVP Steiermark und gründete im Jahr 1956 den überparteilichen Verein „Hausfrauenunion“. Egger setzte innerhalb der ÖVP durch, dass die Frauen als eigene Teilorganisation anerkannt wurden. Ihr Hauptaugenmerk lag vor allem auf der Absicherung von Frauen und sie forderte, dass Maßnahmen gesetzt werden müssten, damit Frauen Familie und Beruf vereinbaren können. Sie sprach bereits früh die negativen Folgen von Teilzeitarbeit an.



Herta Haider (ÖVP)

* 27. September 1930

Bezirksvorsteherin 1973–1987, Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung 1976–1984, Vorsitzende des Österreichischen Frauenringes 1978–1984

Hertha Haider kam in der Steiermark auf die Welt, zog als junges Mädchen nach Wien und absolvierte nach dem Krieg die Schauspielschule und legte die Bühnenprüfung ab.

Am 15. November 1973 wurde sie zur ersten weiblichen Bezirksvorsteherin Wiens gewählt und blieb es bis Dezember 1987. Sie engagierte sich für das Ende der geschlechtsspezifischen Ausbildung und für die Öffnung der „unweiblichen“ Berufe für Frauen. Außerdem war sie Verfechterin der Ganztagschule, thematisierte immer wieder die Doppelbelastung der Frauen, forderte zum „Entsetzen der Männer“, dass das Karenzjahr auch vom Mann genommen werden kann und dass Teilzeitarbeit geschlechtsneutral angeboten wird. Gemeinsam mit Vertreterinnen der anderen Parteien setzte sie sich im Jahr 1985 auch gegen die geplante Pensionsreform ein, die eine Kürzung der Witwenpension vorsah.



Jolanda Offenbeck (SPÖ)

* 1. September 1930, † 25. Mai 2000

Bundesrätin 1970–1973, Nationalrätin 1973–1990, Bundesfrauenvorsitzende der SPÖ 1981–1987, Vorsitzende des Österreichischen Frauenringes 1982–1988

Jolanda Offenbeck wuchs in der Steiermark auf. Im Jahr 1954 schloss sie ihr Studium der Rechtswissenschaften ab und arbeitete zunächst als Konzipientin in einer Anwaltskanzlei, später im Magistrat Graz. Im Jahr 1966 wurde sie zur Grazer Frauenvorsitzenden, 1975 zur steirischen Landesfrauenvorsitzenden und schließlich im Jahr 1981 SPÖ-Bundesfrauenvorsitzenden. Zwischen 1973 und 1990 war die „streitbare Jolli“ Nationalratsabgeordnete.

In den 1970er Jahren kämpfte sie für die Abschaffung der strafrechtlichen Verfolgung des Schwangerschaftsabbruches und setzte sich für die Fristenlösung ein. Bei der Novelle des Scheidungsrechts im Jahr 1976 erreichte sie, dass schuldlos und gegen ihren Willen geschiedene Frauen eine existenzielle und sozialrechtliche Absicherung erhalten. Außerdem war sie maßgeblich an der Einführung der Elternkarenz beteiligt und erwirkte im Jahr 1985, dass die SPÖ die Frauenquote von 25 Prozent beschloss.



Marilies Flemming (ÖVP)

* 16. Dezember 1933

Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung 1984–1991, Bundesministerin für Familie, Jugend und Konsumentenschutz 1987, Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie 1987–1991, EU-Parlamentsabgeordnete 1996–2004, Präsidentin der Europäischen Frauen-Union 1987–1993, Senioren-Vertreterin im Europaparlament seit 1996–2001, Vorsitzende des Österreichischen Frauenringes 1984–1991

Marilies Flemming kam in Wiener Neustadt auf die Welt, ging in Salzburg ins Gymnasium und studierte Rechtswissenschaften in Wien. Zwischen 1973 und 1987 war sie Abgeordnete im Wiener Landtag und danach Umweltministerin. Sie beteiligte sich an der Besetzung der Hainburger Au, um den Bau des Wasserkraftwerkes zu verhindern und war Gegnerin des Kernkraftwerkes Zwentendorf.

In ihrer Amtszeit wurde das Chemikaliengesetz, das Luftreinhaltegesetz und das Smogalarmgesetz beschlossen. 1991 schied sie aus der Bundespolitik aus.

Sie engagierte sich aber weiterhin auf EU-Ebene, in der Europäischen Frauen-Union und seit 1996 als erste Senioren-Vertreterin im EU-Parlament.



Johanna Dohnal (SPÖ)

* 14. Februar 1939, † 20. Februar 2010

SPÖ-Landesfrauensekretärin 1972–1979, Staatssekretärin im Bundeskanzleramt 1979–1990, Frauenministerin 1990–1995, Vorsitzende des Österreichischen Frauenringes 1988–1995

Johanna Dohnal wuchs in Wien auf, lernte „Industriekaufmann“ und trat im Jahr 1956 der SPÖ bei, wurde 1969 Bezirksrätin in Penzing. Als Vorsitzende der Penzinger Sozialistinnen kämpfte sie für die Fristenregelung. Im April 1972 wechselte sie in die Parteizentrale der SPÖ und wurde Wiener Landesfrauenvorsitzende, 1973 Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete. Sie engagierte sich für die Ausweitung der Sozialdienste, die Forcierung der Sexualaufklärung in den Schulen, die Elternkarenz, initiierte Selbstbewusstseinsseminare für Frauen und startete Vorbereitungskurse für Mädchen in technischen Berufen. Im Jahr 1978 war sie Mitbegründerin des ersten österreichischen Frauenhauses.

Am 5. November 1979 wurde sie als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen angelobt, ließ ein Förderungsprogramm für Frauen im öffentlichen Dienst ausarbeiten, gründete den Arbeitskreis *Frieden – Abrüstung – Dritte – Welt*. Auf ihre Initiative hin begann die Medienbeobachtung mit dem Ziel, die Rollenklischees im Fernsehen aufzudecken. 1987 wurde ein Sexismusbeirat eingerichtet. Dohnal erreichte, dass zahlreiche Gesetze erlassen wurden, die Frauen vor Gewalt schützen.

Am 17. Dezember 1990 wurde Dohnal als Bundesministerin für Frauenangelegenheiten angelobt. Sie ließ nun Pensionsmodelle ausarbeiten, um eigenständige Pensionen für Frauen zu schaffen und erreichte zahlreiche Verbesserungen. Weitere Erfolge bis zu ihrem Ausscheiden aus der Bundespolitik im Jahr 1995 waren: die Kampagne „Gewalt gegen Frauen – Frauen gegen Gewalt“, die Aufhebung der Geschlechtertrennung im Werkunterricht, die Einbeziehung des Krankenhaus-

pflegepersonals in das Nachtschwerarbeitsgesetz und die Verabschiedung des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes.

Auch nach 1995 blieb sie aktiv, unterrichtete an der Universität Wien, engagierte sich beim Frauenvolksbegehren 1997, beim Sozialstaats-Volksbegehren 2001/2002, beim Pensionsvolksbegehren. Sie demonstrierte für die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruches und trat auch bei ihrem letzten öffentlichen Auftritt am 25. Jänner 2010 für die Beibehaltung der Fristenlösung ein.



Irmgard Schmidleithner

* 8. Februar 1948

ÖGB-Frauensekretärin 1980–1987, ÖGB-Frauenvorsitzende 1991–1999, ÖGB-Vizepräsidentin 1991–1999, Vorsitzende des Österreichischen Frauenringes 1996–1999

Irmgard Schmidleithner kam in Oberösterreich auf die Welt und sagt über sich selbst, dass ihr der Sozialismus schon mit der Muttermilch mitgegeben worden sei. Alle in der Familie waren SozialdemokratInnen. Sie arbeitete beinahe zwei Jahrzehnte als Lohnbuchhalterin und war Betriebsrätin. Sie absolvierte die Gewerkschaftsschule und studierte ab 1986 berufs begleitend Soziologie. Im Jahr 1980 wechselte sie in den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) und war bis 1987 ÖGB-Frauensekretärin, leitete ab 1991 als erste Frau das ÖGB-Referat Bildung, Freizeit und Kultur und war zwischen 1991 und 1999 ÖGB-Frauenvorsitzende und ÖGB-Vizepräsidentin.

Eines ihrer zentralen Anliegen war die Förderung der Bildung für Frauen. Die Agenden der Frauen vertrat sie auch als Vorsitzende des AK-Ausschusses „Frauenarbeit und Familienpolitik“ sowie als Mitarbeiterin in der Gleichbehandlungskommission. ZeitgenossInnen beschreiben sie als „Frau mit Biss“, die sich „nie ein Blatt vor den Mund genommen hat“, die als Sprachrohr für jene Frauen auftrat, denen die Möglichkeit fehlte, ihre Rechte selbst zu erkämpfen. Mit 51 Jahren musste sie gesundheitsbedingt in Pension gehen.



Linda Hofbauer

ÖGB-Frauenvorsitzende Bezirk Freistadt, Geschäftsführerin der Frauenberatungsstelle Babsi 1988–2017, Vorsitzende des Österreichischen Frauenringes 1998–2000

Linda Hofbauer war 15 Jahre lang ÖGB-Frauenvorsitzende im Bezirk Freistadt. Sie organisierte Informationsveranstaltungen, Fortbildungen, Diskussionsveranstaltungen und arbeitsrechtliche Vorträge und pflegte so engen Kontakt zu Frauen und deren Anliegen. Als im Jahr 1987 mehrere Betriebe in der Region schlossen und rund 350 Frauen arbeitslos wurden, begann sie mit den Vorbereitungsarbeiten zur Gründung der Frauenberatungsstelle *Beratung Arbeitsplatzsuche Bildung und Berufswahl Schulung Information (BABSI)*.

Hofbauer gelang es aus dem ursprünglich arbeitspolitisch agierenden Verein während ihrer 30jährigen Tätigkeit eine ganzheitliche Beratungsstelle zu schaffen. BABSI ist heute eine Familienberatungsstelle, eine Außenstelle des Gewaltschutzzentrums, eine Notschlafstelle für gewaltbetroffene Frauen, sie vermittelt Frauenübergangswohnungen und initiierte das Tagesmütternetzwerk, das Zwergenhaus, das stundenweise Betreuung von Kindern anbietet.

Nach 30 Jahren übergab Hofbauer die Geschäftsführung der nächsten Generation.



Eva Wienker-Salomon

* 14. Jänner 1946

Mitglied der Bundessektion AHS-LehrerInnen 1978–1997, Vorstandsmitglied in der Gewerkschaft öffentlicher

Dienst 1986–2006, Vorsitzende–Stellvertreterin des Frauenreferats 1986–2006, Präsidiumsmitglied der GÖD (FSG) 1993–2006, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings 2000–2004

Eva Salomon wuchs in Wien auf, studierte Deutsch und Geschichte für das Lehramt und unterrichtete mehr als 30 Jahre an einem Bundesrealgymnasium, wo sie auch Personalvertreterin war. Zunächst wurde sie Mitglied in der Bundessektionsleitung AHS, dann Frauenreferentin in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst. Sie war zeitweise Mitglied des ÖGB-Bundesvorstandes und des FSG-Frauenpräsidiums.

Salomon war eine der VerhandlerInnen des Bundesgleichbehandlungsgesetzes. Innerhalb der GÖD kümmerte sie sich darum, dass Frauen nicht benachteiligt wurden. Den Frauenring vertrat sie im EWL, und sie machte sich für Gender Budgeting und Gender Mainstreaming stark. Sie organisierte Seminare, etwa: Wie planen wir eine Kampagne? Wie können Frauen sexistischen Sprüchen begegnen?

Seit 2006 ist sie in Pension.



Sabine Oberhauser

* 30. August 1963, † 23. Februar 2017

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Ärztinnen im Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) 2003–2010, Vorstandsmitglied der Europäischen Frauenlobby 2004–2006, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings 2004–2006, Nationalratsabgeordnete 2006–2014, ÖGB-Vizepräsidentin 2009–2014, ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende 2013–2014, Bundesministerin für Gesundheit und Frauen 2014–2017 (Frauenagenden ab 2016)

Sabine Oberhauser wuchs in Wien auf, promovierte 1987 zur Ärztin, schloss 1997 ihre Ausbildung zur Fachärztin für Kinder- und Jugendheilkunde und als Ärztin der Allgemeinmedizin ab. Sie arbeitete als Ärztin auf der Frühgeborenen-Station im Rudolfinerhaus, 2003 absolvierte sie die Ausbildung zur Krankenhausmanagerin.

Die unregelmäßigen Arbeitszeiten und die Nachtdienste bewogen Oberhauser im Jahr 1998, einen ungewöhnlichen Entschluss zu fassen. Sie wurde die erste Ärztin, die sich hauptberuflich als Personalvertreterin engagierte und rasch stieg sie die Karriereleiter im ÖGB auf. Zuerst wurde sie Vorsitzende der ARGE Ärztinnen im ÖGB, dann ÖGB-Vizepräsidentin und schließlich ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende. Da saß sie schon im Nationalrat. Mit ihrer Ernennung zur Bundesministerin für Gesundheit im Jahr 2014 stellte sie ihre Ämter ruhend. Im Jahr 2016 kamen noch die Frauenagenden dazu. Als Gesundheitsministerin setzte sie das von der ÖVP-FPÖ-Koalition wieder aufgehobene Rauchverbot in der Gastronomie durch, kämpfte für den Erhalt der HausärztInnen.

Im September 2014 erkrankte sie an Krebs, blieb aber trotzdem im Amt und arbeitete bis zu ihrem frühen Tod im Februar 2017 auch vom Krankenbett aus.



Christa Pözlbauer

* 1948

Vorsitzende des Frauenvolksbegehrens 1997, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings 2007–2015, Mitglied des Präsidiums und 1. Vizepräsidentin des Österreichischen Verbandes für Psychotherapie Christa Pözlbauer wuchs in Wien auf und studierte an der Universität Wien Psychologie. Im Jahr 1979 zog sie mit ihrer Familie ins Weinviertel und arbeitete als Psychotherapeutin. Aus den Gesprächen mit Patientinnen hörte sie immer wieder heraus, dass sie für ihre Leistung keinerlei Wertschätzung erfuhren, die ihnen zugewiesene Hausfrauen- und Mutterrolle perfekt zu erfüllen hatten und darüber depressiv wurden. Pözlbauer erkannte, dass dies ein gesellschaftspolitisches Problem ist und begann, Vorträge zu halten, den Frauen Mut zu machen, sich Zeit für sich selbst zu nehmen, aber auch Ausbildungen zu absolvieren und sich außerhäusliche Arbeit zu suchen.

Im Jahr 1996 zog sie zurück nach Wien und ihr Leben nahm eine unerwartete Wendung. Sie lernte Elfriede Hammerl und weitere Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen kennen. Daraus entstand die Gruppe, die das erste Frauenvolksbegehren im Jahr 1997 initiierte und mehr als 600.000 Unterschriften sammelte. Pözlbauer begleitete auch die nachfolgenden Verhandlungen der Frauenforderungen im Parlament.

Ihre nächste Station als Feministin war der Vorsitz des Österreichischen Frauenringes. Die Frauen hatten sich daran erinnert, dass Pözlbauer die Sitzungen rund um das Frauenvolksbegehren immer straff geführt hatte sowie an ihr Organisationstalent. Acht Jahre lang stand sie an der Spitze des Frauenrings. Heute sagt sie darüber, es wären energiegeladene, herausfordernde, aber auch vergnügliche Jahre gewesen.

Im Jahr 2015 kehrte sie in ihren Beruf als Psychotherapeutin zurück.



Sonja Ablinger

* 12. Mai 1966

Bundessekretärin der Sozialistischen Jugend Österreich 1991–1992, Nationalratsabgeordnete 1996–1999/2007–2013, Landesfrauenvorsitzende der SPÖ Oberösterreich 2005, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings 2015–2018

Sonja Ablinger war das jüngste von vier Kindern und sie lernte schnell, dass man auf den Tisch hauen muss, um gehört zu werden. Sie studierte zuerst Soziologie und dann Englisch und Geschichte für das Lehramt. Sie war schon immer politisch aktiv und im Jahr 1995 setzte sie die SPÖ sie auf einen eigentlich unwählbaren Listenplatz, aber sie zog trotzdem ins Parlament ein und wurde Partei-Rebellin. Sie folgte nicht der Parteilinie, sondern stellte sich in manchen Fragen auch dagegen, sie votierte als einzige SPÖ-Abgeordnete gegen die umstrittene Schuldenbremse, den Fiskalpakt oder die Verschärfung der Asylgesetze.

Im Jahr darauf verlor sie ihr Nationalratsmandat an den Gewerkschafter Walter Schopf, weil die SPÖ das selbst auferlegte Quotensystem nicht einhielt. Als die SPÖ

und die FPÖ im Burgenland koalitierten, trat sie aus der SPÖ aus. Die Wochenzeitung Der Falter resümierte, jetzt gäbe es bald niemanden mehr, der aufzeigt, wenn alle anderen schweigen. Seit 2015 unterrichtet sie wieder.



Kludia Friebe

* 25. Mai 1963

Frauenreferentin der Gewerkschaft Agrar-Nahrung-Genuss (ANG) 2001–2006, Bundesfrauensekretärin Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) 2006–2009, Bundesfrauenvorsitzende der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) seit 2014, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings seit 2018

Kludia Friebe wuchs in Wien auf, lernte Bürokauffrau und begann mit 18 Jahren in der Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter zu arbeiten. Sie übernahm nicht nur die Agenden Frauen und Jugend, sondern begann auch ihre Gewerkschaftskarriere. Sie wurde Betriebsrätin und Betriebsratsvorsitzende. Mit der Fusion der ANG mit der Gewerkschaft-Metall-Textil zur GMTN wurde sie Bundesfrauensekretärin und ist heute Bundesfrauenvorsitzende der Produktionsgewerkschaft.

Sie verhandelt Kollektivverträge und stellt sicher, dass bei den Gesprächen auch über frauenspezifische Themen geredet wird, etwa über die Anrechnung von Karenzzeiten auf dienstzeitabhängige Zuschläge oder über die die Schließung der Einkommensschere.

Auf politischer Ebene kämpft sie gegen die vorzeitige Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters, für die Vereinheitlichung der Einkommensberichte, den Rechtsanspruch auf den Papamonat und für die Beibehaltung der momentan gültigen Fristenregelung.

ÖFR-MITGLIEDER



Mehr als 350 Frauen "besetzen" im Winter 2018 den Redoutensaal

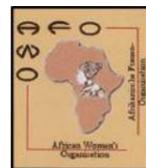
MITGLIEDERVEREINE



ABZ – Ausbildung – Bildung – Zukunft

ABZ*AUSTRIA ist ein Social-Profit-Unternehmen, das sich seit seiner Gründung 1992 die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt, in Bildung und Wirtschaft zur Aufgabe gemacht hat.

abzaustria.at



AFO - Afrikanische Frauenorganisation

Im Jahr 1996 gründeten Frauen aus afrikanischen Ländern die NGO. Seit 1998 befasst sie sich mit dem Thema Genitalverstümmelung bei Mädchen und Frauen, mit der Unterstützung und Beratung von Migrantinnen und mit der Förderung des guten Zusammenlebens trotz unterschiedlicher Traditionen.

african-women.org



alpha – frauen für die zukunft

alpha versteht sich seit seiner Gründung im Jahr 1987 als Ort der Begegnung von all jenen, denen Frauenförderung ein Anliegen ist und ist offen für einen Schlussschluss mit anderen Fraueninitiativen, wenn es um die Sache der Frauen in Österreich oder im Ausland geht.

alphafrauen.org



AMS – Abteilung Arbeitsmarktpolitik für Frauen im Arbeitsmarktservice

Die Abteilung Arbeitsmarktpolitik für Frauen im Arbeitsmarktservice koordiniert die Gleichstellungsbeauftragten in den neun Landesorganisationen bezüglich mehrerer Schwerpunkte, etwa: Beobachtung der geschlechtsspezifischen Wirkungen der Tätigkeit des AMS im Rahmen der aktiven und passiven Arbeitsmarktpolitik unter Berücksichtigung des Aspekts von Mehrfachdiskriminierung.

ams.at



Arab Austrian Women

Der arabische Frauenverband in Wien ist eine kulturelle und soziale Organisation, die im Mai 1997 auf Initiative einiger arabischer Frauen gegründet wurde. Ziel des Vereins ist die Konsolidierung der Beziehungen zwischen Familien arabischer Herkunft und die Bekämpfung ihrer Probleme und Anliegen durch maßgeschneiderte soziale und kulturelle Aktivitäten und die Sensibilisierung der im Gastland geborenen Generationen für ihre kulturelle Identität.

arabaustrianwomen.org



Arbeiterkammer – Frauenabteilung

Die Frauenabteilung der AK Wien wurde 1925 durch Käthe Leichter aufgebaut und hat daher eine sehr lange Tradition der Interessenvertretung für erwerbstätige Frauen. Die Aufgaben umfassen Gesetzesbegutachtungen bis hin zu wissenschaftlichen Studien sowie Themen wie Gleichbehandlung in der Arbeitswelt und Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

wien.arbeiterkammer.at/frauen



AÖF – Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser

Der AÖF ist die Dachorganisation der autonomen österreichischen Frauenhäuser. Sie unterstützt seit 1988 die FrauenhausmitarbeiterInnen durch konkrete Projekte, Service, Information und Öffentlichkeitsarbeit. Im Verein sind auch die Informationsstelle, das Gewalt-Kompetenzzentrum sowie die Frauenhelpline gegen Gewalt mit der kostenlosen Nummer 0800/222 555 als erste bundesweite Anlauf- und Beratungsstelle für Mädchen und Frauen und häusliche Gewalt angesiedelt.

aoef.at



Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Österreichische Bäuerinnen

Die ARGE wurde im Jahr 1972 in der Landwirtschaftskammer Österreich gegründet und vertritt die Interessen von rund 130.000 österreichischen Bäuerinnen und Frauen am Land. Sie definiert und vertritt die Interessen der Bäuerinnen und Frauen auf dem Land, ist für ihre Mitglieder politisch aktiv und zielt darauf ab, Rahmenbedingungen im Sinne der Bäuerinnen zu verändern.

baeuerinnen.at



ARGE der österreichischen Frauengesundheitszentren

Die ARGE ist der Zusammenschluss der sieben in Österreich existierenden Frauengesundheitszentren. Sie bündelt Wissen, Fähigkeiten, Ressourcen und Erfahrungen dieser Kompetenzzentren für Frauengesundheit.

frauengesundheit.at

MITGLIEDERVEREINE



BPW- Business & Professional Women Austria

BPW Austria ist Teil von Business und Professional Women International (BPWI). BPW Austria besteht seit den 1930er Jahren und unterstützt berufstätige Frauen auf vielfältige Weise: Neben persönlichem Austausch, Vorträgen und Mentoring leistet das Netzwerk gesellschaftspolitische und gesellschaftliche Lobby- und Projektarbeit auf nationaler und internationaler Ebene.
bpw.at



Die Grünen Frauen

Die Organisation ist seit 1986 dem Feminismus verpflichtet, wirkt österreichweit, kommentiert die österreichische Politik aus feministischer Sicht, legt größtes Augenmerk auf Geschlechterdemokratie und erarbeitet entsprechende Positionen und Forderungen nach innen wie nach außen. Frauenförderung ist ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt ebenso wie die Zusammenarbeit mit anderen Frauenorganisationen.
gruene.at



Die Juristinnen

Der Verein Die Juristinnen wurde 1988 mit dem Ziel gegründet, in einer männerdominierten Berufswelt Möglichkeiten zu schaffen, sich als Juristin beruflich zu positionieren, sowie das Recht unter der „Gender-Brille“ kritisch zu beleuchten. Rechtsetzung, Rechtsprechung und Rechtswissenschaft sind eher von männlichen Werten und Bedürfnissen geprägt. Der Verein möchte da ein Gegengewicht schaffen.
juristinnen.at



Forum der ZiviltechnikerInnen

Das Forum ist eine Plattform für Austausch und Informationen über Themen, die speziell für Ziviltechnikerinnen interessant sind. Im Mittelpunkt steht das Steigern der öffentlichen Präsenz, der Ausbau des Netzwerkes zwischen Kolleginnen in der Kammer der ZiviltechnikerInnen, ArchitektInnen und IngenieurInnen und die Verlinkung mit Gremien der Standesvertretung.
wien.arching.at



Forum Feministische Zukunft

Ziel ist die Förderung feministischer Bildung. Das FFZ wurde im Jahr 1999 von einigen der ersten Absolventinnen des Feministischen Grundstudiums (FGS) – später Rosa Mayreder College – gegründet. Durch die Novellen des Universitätsgesetzes 2011 wurden sämtliche Lehrgänge universitären Charakters für außeruniversitäre Bildungseinrichtungen abgeschafft. Damit war das Ende des Rosa Mayreders Colleges besiegelt. Die jährlichen selbstorganisierten Fortbildungsstagen des Absolventinnenforums gehen trotzdem weiter.



Frau im Fokus

Frau im Fokus sieht sich als Business-Netzwerk für Frauen, die voneinander lernen, sich respektvoll, fair und ehrlich begegnen. Der Verein richtet seine Aktivitäten und sein Handeln nachhaltig aus und nimmt seine Verantwortung auf den drei Säulen der Ökonomie, der Ökologie und der Gesellschaft wahr. Einen besonderen Schwerpunkt legen die Mitglieder auf Förderung von Frauen in ihrem wirtschaftlichen Handeln.
frauimfokus.at



ega: frauen im zentrum

An den Eckpfeilern Kultur, Kommunikation und Kontakt orientiert sich seit 1993 das Angebot des ega. Es kommt von Frauen und ist für sie gedacht. Hier können Frauen sich und ihre künstlerische Arbeit vorstellen. Verschiedene Weiterbildungsangebote helfen ihnen, fest auf eigenen Beinen zu stehen. Das Angebot wird durch Diskussionsveranstaltungen und Feste abgerundet.
ega.or.at



EFA-Evangelische Frauenarbeit in Österreich

Evangelische Frauen leben in Österreich in einer konfessionellen Minderheit. Gerade deshalb ist ihnen neben dem Engagement für Diakonie und Spiritualität die aktive Teilhabe an gesellschaftspolitischen Entwicklungen wichtig. Der ÖFR bietet auch heute die Chance in einer überparteilichen Frauenbewegung den aktuellen gesellschaftspolitischen Diskurs gemeinsam zu beeinflussen.
frauen-evang.at



EWMD – European Women's Management Development

Der 1984 gegründete EWMD ist ein internationales Netzwerk von Frauen und Männern zur Förderung von Frauen mit Leadership, eine von der Wirtschaft anerkannte Plattform für den qualifizierten Austausch von Erfahrungen, Wissen und aktuellen Entwicklungen. Der EWMD ist heute ein Netzwerk mit rund 900 Mitgliedern in 30 Ländern. In Österreich gibt es vier Regionalgruppen mit 90 Mitgliedern.
ewmd.org



Frauen*beraten*Frauen

Frauen*beraten*Frauen begründete 1980 die erste Wiener Frauenberatungsstelle. Sie verstehen sich als Anlaufstelle für Frauen* mit Problemen aus allen Themenbereichen des weiblichen Lebenszusammenhangs. Sie bieten psychosoziale, juristische und Gesundheitsberatung sowie Psychotherapie im Einzel- und Gruppensetting an, arbeiten in einem multiprofessionellen Team mit frauen*spezifischer Grundhaltung.
frauenberatenfrauen.at



Frauen im Sport

Die 1997 gegründete Plattform Frauen im Sport ist ein Netzwerk für Frauen, die haupt- oder ehrenamtlich im Sport tätig sind. Sie hat mehrere frauenpolitische Ziele, wie die Quotenregelung für die Zusammensetzung von Sportgremien, die Anpassung der Preisgelder von Spitzensportlerinnen auf Männer-niveau und sie dient als Anlaufstelle bei sexuellem Missbrauch oder bei Fördermissbrauch zum Nachteil von Frauen.
plattform-frauenimспорт.at



Frauenhetz

Die im Jahr 1993 als Verein gegründete Frauenhetz ist verwurzelt in den Aufbrüchen der Zweiten Frauenbewegung und sie ist bis heute eine selbstorganisierte Bildungsstätte von und für Frauen. Sie steht für feministische Bildung, Kultur und Politik sowie für Forschung und Vernetzung.
frauenhetz.jetzt



Frauen*solidarität

Die feministisch-entwicklungspolitische Organisation Frauen*solidarität wurde 1982 gegründet und leistet mit der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift frauen*solidarität, mit Bibliothek, Radio, Veranstaltungen und Kampagnen Informations- und Bildungsarbeit zu Frauen* in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie zu globalen Machtverhältnissen aus feministischer Sicht.

frauensolidaritaet.org



Frauen*volksbegehren

Das Frauen*volksbegehren steht für die Durchführung eines Volksbegehrens zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen* auf allen Ebenen. „Wir fordern echte Gleichwertigkeit, echte Selbstbestimmung und echte Chancengleichheit. Wir betreiben politische Lobbyarbeit und gesellschaftliche Aufklärungsarbeit mit aktionistas* Gruppen in sieben Bundesländern für ganz Österreich. Unsere neun Forderungen mit 33 Unterpunkten wurden von 481.959 StaatsbürgerInnen unterschrieben.“

frauenvolksbegehren.at



Gewaltschutzzentrum Oberösterreich

Das Gewaltschutzzentrum berät und unterstützt bei Gewalt in der Familie, im sozialen Umfeld sowie bei Stalking. Es bietet Sicherheit nach Wegweisung und Betretungsverboten, unterstützt bei Anzeigen und hilft bei weiteren rechtlichen Schritten, wie beim Formulieren und Einbringen von Anträgen bei Gericht und bei Behördenkontakten sowie bei Weitervermittlung an andere Einrichtungen und anderes mehr.

gewaltschutzzentrum.at/ooe



Kongress polnischer Frauen

Die Organisation fördert die Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben, die Stärkung des Unternehmertums, damit Frauen wirtschaftlich unabhängig werden. Sie fordern die Förderung von Frauen im Kulturbereich und die Verbesserung der Gesundheitseinrichtungen für Frauen.

kpk-at.eu



LEFÖ-Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen

LEFÖ ist eine 1985 gegründete MigrantInnenselbstorganisation und bietet seither Unterstützung in rechtlichen, psychosozialen und gesundheitlichen Belangen und unterstützt die reale Integration von marginalisierten Frauen. Sie leisten in den Bereichen MigrantInnen in der Sexarbeit und Betroffene von Frauenhandel Pionierarbeit.

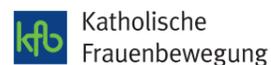
lefoe.at



LINK

Das Kosmos Theater versteht sich als feministisches Haus, das weibliche* Stimmen und damit auch Gender-Balance im Theaterbetrieb fördert. In den Theaterproduktionen setzt sich das Kosmos Theater unterhaltend, irritierend, ermutigend mit Rollenklischees auseinander, bricht stereotype Bilder von Geschlecht und Sexualität auf und schafft positive Identifikationsfiguren.

kosmostheater.at



IFPW - Institut feministischer Psychotherapie-Wissenschaften

Der Verein weist seit 2014 auf die androzentristische Ausrichtung der Lehrpläne von Psychotherapie-Ausbildungseinrichtungen hin. Feministische oder auch andere kritische Theorien und Konzepte werden nur selten gelehrt und sind meistens an einzelne, in diesen Bereichen engagierte, Personen gebunden. Sie vermissen das kritische Hinterfragen gesellschaftlicher Entwicklungen und Bedingungen, die sich auf viele Menschen belastend auswirken und damit Risikofaktoren für die Entstehung psychischer Erkrankungen darstellen.

kfbö-Katholische Frauenbewegung

Die kfbö setzt sich in Kirche, Gesellschaft und Politik aktiv für Frauen ein und tritt für deren Anliegen auf. Sie unterstützen Frauen, die Vielfalt ihrer Begabungen und Interessen zu entdecken und zu leben. Die kfbö setzt sich darüber hinaus besonders für die Ermächtigung von Frauen im globalen Süden ein.

kfb.at



KPÖ-Frauen

Die KPÖ-Frauen haben als erste Partei bereits 1990 ein umfassendes Frauenprogramm erarbeitet. Sie vertreten den Standpunkt, dass die antikapitalistische, die antipatriarchale und die antirassistische Orientierung in einer gemeinsamen Strategie aufgehoben werden muss. Neben den internen Diskussionen über aktuelle Fragen arbeiten KPÖ-Frauen in den unterschiedlichsten überparteilichen feministischen Zusammenschlüssen mit.

kpoe.at/frauen



Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen

Der im Jahr 1995 gegründete Dachverband zählt heute 60 Mitglieder. In allen Bundesländern beraten Frauen- und Mädchenberatungsstellen des Netzwerks in beruflichen und privaten Anliegen. Als Dachverband wollen sie vor allem drei Dinge: sich frauenpolitisch einmischen, die Lebensbedingungen für Frauen und Mädchen verbessern und die Qualität von Frauen- und Mädchenberatung sichern.

netzwerk-frauenberatung.at



ÖGB-Frauen

Das Ziel der Arbeit der ÖGB-Frauen ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Frauen ein selbstbestimmtes und chancengleiches Leben garantieren. Sie kämpfen für eine gerechte Arbeitswelt und für ein gesellschaftliches Umfeld, die gute Jobchancen für Frauen bieten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie positiv lebbar machen.

oegb.at



ÖGGF - Österreichische Gesellschaft für Geschlechterforschung

Die ÖGGF bezweckt die Etablierung, Weiterentwicklung und Förderung von Geschlechterforschung in ihrer gesamten Breite im universitären und außeruniversitären Bereich in Österreich, insbesondere in der Nachwuchsförderung, die Unterstützung der nachhaltigen Verankerung von Gender Studies in Forschung und Lehre sowie die Vertretung von Geschlechterforschung in den relevanten hochschul- und wissenschaftspolitischen Gremien und in der Öffentlichkeit.

oeggf.at



Österreichische Plattform für Alleinerziehende

Die Plattform besteht seit 1987 und sieht sich als Interessenvertretung allein erziehender Eltern – das sind überwiegend Mütter. Das Ziel ist eine faire Familienpolitik, die sichergestellt, dass Familien in finanzieller Sicherheit leben können, und die „Kinder und Beruf“ für Alleinerziehende uneingeschränkt ermöglicht. alleinerziehende.org



PRO-GE-Frauen

Ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben für Frauen* ist das Ziel der PRO-GE-Frauen. Sie machen sich stark für faire Einkommen und Arbeitsbedingungen, für die Sicherung und positive Weiterentwicklung der Rechte der Frauen, insbesondere die der Arbeitnehmerinnen. proge.at



Salzburger Frauenrat

Der Frauenrat ist überparteilich, vielfältig und engagiert. Er besteht aus unterschiedlichsten Frauenorganisationen sowie aus autonomen Frauen. Der Frauenrat setzt sich für die Veränderung und Verbesserung der Lebenssituation von Frauen ein und fühlt sich Fraueninteressen verpflichtet. frauenrat-salzburg.at



Sorority

Die Sorority ist ein unabhängiges Netzwerk für Frauen* aus den unterschiedlichsten Bereichen: Kunst, Kultur, Wissenschaft, Politik, Technik, Medien oder der Wirtschaft, ob unselbstständig oder selbstständig beschäftigt. Die Sorority meint, dass Frauen* lange genug überhört oder stumm gehalten worden sind und bietet Plattformen an, um den Austausch zwischen Frauen* zu fördern und somit einen Zusammenhalt zu schaffen. sorority.at



Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband ist seit 1897 die Stimme der Ein-Personen-Unternehmen und der österreichischen Klein- und Mittelbetriebe. Er steht für eine Wirtschaftspolitik, die den Menschen und nicht das Kapital in den Mittelpunkt stellt. Er fordert die soziale Absicherung für selbstständige PersonenbetreuerInnen genauso wie für die unselbstständige ElektrikerInnen. wirtschaftsverband.at



VAÖ - Verband der Akademikerinnen Österreichs

Der überparteiliche und überkonfessionelle VAÖ eröffnet qualifizierte und engagierte Frauen internationale und interdisziplinäre Beziehungen und ermutigt zu Qualität, Verantwortung, Respekt und Toleranz. Der VAÖ verstärkt berufliche Kontakte, bietet Informationsaustausch, gibt Erfahrungen weiter und unterstützt Projekte und Berufsideen für unkonventionelle Karrieren. vaoe.at



SOPHIE Beratungszentrum

SOPHIE berät und unterstützt Sexarbeiterinnen in zahlreichen Belangen. Das Ziel ist es, die Handlungsspielräume von SexarbeiterInnen außerhalb der Sexarbeit zu erweitern. Geprägt ist die Arbeit von einem akzeptierenden Ansatz gegenüber den Lebenssituationen von Sexarbeiterinnen. sophie.or.at gesellschaftlicher Entwicklungen und Bedingungen, die sich auf viele Menschen belastend auswirken und damit Risikofaktoren für die Entstehung psychischer Erkrankungen darstellen. sophie.or.at



SPÖ-Frauen

Mitglied seit 1969 Die SPÖ-Frauen setzen sich für Frauenrechte ein. Im Mittelpunkt stehen unter anderem die Themen Lohngerechtigkeit, Frauenförderung, Ausbau der Kinderbetreuung, Selbstbestimmung, Gewaltschutz. Die Arbeit für die Frauen geschieht im Bund, im Land, im Bezirk und in der Gemeinde. frauen.spoe.at



Soroptimist International – Österreichische Union

Die Organisation ist Teil eines weltweiten Netzwerkes von berufstätigen und öffentlich engagierten Frauen. Ziel ist es, dass Frauen ihre persönlichen Potenziale ausschöpfen und ihre Pläne realisieren können, dass gesellschaftliche Schranken und Ungerechtigkeiten abgebaut werden. Soroptimistinnen sind aktiv in Fragen der rechtlichen, sozialen und beruflichen Sicherung der Frau und bringen sich in die öffentliche Diskussion ein. soroptimist.at



Verein Frauen Rechtsschutz

Der Verein Frauen-Rechtsschutz wurde im Jahr 1998 von SozialarbeiterInnen und JuristInnen gegründet und unterstützt österreichweit Frauen* und Kinder in Notlagen durch die Finanzierung von Rechtsverfahren und anwaltlicher Vertretung, sofern diese keinen ausreichenden Rechtsschutz durch andere Institutionen oder Personen erhalten. frauenrechtsschutz.at



Verein sprunghrett

Seit 31 Jahren setzt sich der Verein für die Verwirklichung von Frauenrechten, die Förderung von Gleichstellungspolitik und Geschlechtergerechtigkeit in der Gesellschaft ein. sprunghrett bietet kostenlose Beratung und Workshops an. Zielsetzungen sind Stärkung und Empowerment von jungen Frauen, Unterstützung bei Lehrstellen- und Arbeitssuche, Schulwahl, Berufsorientierung, Gewaltprävention, Umgang mit Neuen Medien. sprunghrett.or.at



WIMEN

WIMEN besteht aus Fachfrauen, die sich über ihre berufliche Expertise vernetzen und austauschen. WIMEN ist thematisch fokussiert auf die Bereiche Energie, Mobilität, Öffentlicher Raum, Umwelt, Gender und Bildung. Ein wesentliches Anliegen der Mitglieder ist es, unterschiedliche Zugänge verschiedener Menschen, also NutzerInnen- und Nutzergruppen darzustellen und so die vielfältigen Perspektiven sichtbar zu machen. wimen.at

ZÖF - Zusammenschluss österreichischer Frauenhäuser

Der ZÖF ist ein Zusammenschluss Österreichischer Frauenhäuser, mit dem Ziel auf spezielle Bedürfnisse misshandelter Frauen hinzuweisen und zur Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingung für diese Frauen beizutragen. Fachaustausch und Fortbildungen der Mitarbeiterinnen sollen bundeländerübergreifend bestmögliche Qualität in der Arbeit mit Gewalt betroffenen Frauen und Kinder sichern.

frauenhaeuser-zoef.at



Maria Stern (Person)

Maria Stern arbeitet als Obfrau vom Forum Kindesunterhalt seit Jahren immer wieder mit dem Frauenring zusammen. Als Parteichefin von JETZT (ListePILZ) organisiert sie derzeit die Gründung der Frauenorganisation.

mariastern.at

Quellen (Auszug)

MAGDALENA PÖTSCH, *Was würde #fairändern wirklich ändern?* 13.02.2019, <https://wienerin.at/was-wurde-fairandern-wirklich-verandern> (abgerufen am 21.04.2019)

Die Vertretungsbereiche im Publikumsrat des ORF, <https://der.orf.at/unternehmen/gremien/publikumsrat/mitglieder/vertretungsbereiche/index.html> (abgerufen am 21.04.2019)

Gewalt gegen Frauen, <http://johanna-dohnal.at/gewalt-gegen-frauen> (abgerufen am 22.04.2019)

Pressekonferenz der Allianz „Gewaltfrei leben“, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180411_OTS0147/pressekonferenz-der-allianz-gewaltfrei-leben 01.04.2018, (abgerufen am 22.04.2019)

Frauentag 2018, <https://www.aoeff.at/index.php/news/368-frauentag-2018-freiheiten> (abgerufen am 22.04.2019)

Prammer lädt zum 100. Internationalen Frauentag ins Parlament, 28.02.2011 https://www.parlament.gv.at/PAKT/PAKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2011/2011_02_28_Frauentag.shtml (abgerufen am 22.04.2019)

„Besessene Frauen“ – Wider die Verfügbarkeit, März 2013, <http://zwanzigtausendfrauen.at/2013/03/%E2%80%9Ebesessene-frauen-wider-die-verfuegbarkeit/> (abgerufen am 22.04.2019)

Österreichischer Frauenring fordert angemessenes Gleichstellungspaket, 05.03.2019, <https://www.wienna.at/oesterreichischer-frauenring-fordert-angemessenes-gleichstellungspaket/5693584> (abgerufen am 22.04.2019)

Skurrile Rechtslage bei Unterhaltsvorschussgesetz, 02.10.2003, <https://derstandard.at/1438065/Skurrile-Rechtslage-bei-Unterhaltsvorschuss-gesetz> (abgerufen am 22.04.2019)

TANJA PAAR, *Fehlende Lobby für Alleinerziehende*, 29.04.2016, <https://derstandard.at/2000035913238/Fehlende-Lobby-fuer-Alleinerziehende> (abgerufen am 22.04.2019)

Alleinerziehende begrüßen Einigung der Parteien auf Unterhaltssicherung, 27.09.2017, <https://www.alleinerziehende.org/aktuelles/202-presseaussendung-vom-27-september-2017.html> (abgerufen am 22.04.2019)

Leere Regierungsbank bei Debatte um Frauenvolksbegehren, 11.02.2018, <https://kurier.at/politik/inland/regierungsbank-blieb-bei-debatte-um-frauenvolksbegehren-leer/400350832> (abgerufen am 25.04.2019)

Frauenvolksbegehren im Nationalrat abgefertigt, 24.04.2019, <https://derstandard.at/2000101979142-2000074057960/Frauenvolksbegehren-von-Nationalrat-abgefertigt> (abgerufen am 25.04.2019)

Couscous, 24.1.2007, <https://bglv1.orf.at/magazin/imland/mahlzeit/stories/166541/index.html> (abgerufen am 25.04.2019)

MARLIESE MENDEL, PETER SCHISSLER, *Wir die Frauen der Produktionsgewerkschaft*, 2017, S. 36, S. 87–88, S. 219

Demokratiezentrum Wien, Familienrechtsreform, <http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratieentwicklung/1968ff/familienrechtsreform.html> (abgerufen am 17.04.2019)

Frauenring, Förderabsage vom Sozialministerium, <https://www.frauenring.at/frauenring-foerderabsage-sozialministerium> (abgerufen am 17.04.2019)

OTS, Dienstag, 1. Juni: Kunstauktion der Frauenministerin Prammer zur Unterstützung der Aktion „Frauen gegen den Krieg“, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19990528_OTS0261/dienstag-1-juni-kunstauktion-der-frauenministerin-prammer-zur-unterstuetzung-der-aktion-frauen-gegen-den-krieg (abgerufen am 17.04.2019)

Parlament, 6291/AB XX.GP-Anfragebeantwortung, 28.10.1999

KPÖ: Breite Plattform mobilisiert für große Friedensdemonstration am 15. Februar in Wien, 05.02.2003: <https://www.ots.at/presseauss->

[endung/OTS_20030205_OTS0096/breite-plattform-mobilisiert-fuer-grosse-friedensdemonstration-am-15-februar-in-wien](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20030205_OTS0096/breite-plattform-mobilisiert-fuer-grosse-friedensdemonstration-am-15-februar-in-wien)

DieStandard, Diskussion: Frauen am Arbeitsmarkt, 20.04.2005, <https://derstandard.at/2021251/Diskussion-Frauen-am-Arbeitsmarkt> (abgerufen am 17.04.2019)

Die Standard, Ein Ende für den „Kriminaltango auf der gläsernen Decke“, 09.01.2008, <https://derstandard.at/1196091171117/Ein-Ende-fuer-den-Kriminaltango-auf-der-glaesernen-Decke>

Werberat, Baumax, 21.01.2009: <https://www.werberat.at/beschwerde-detail.aspx?id=2111> (abgerufen am 17.04.2019)

Kundgebung/Demonstration am 1. Oktober 2010 für Sozial- und Bildungsmilliarde: „Achtung! Kröten-Wanderung!“, 23.09.2010, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100923_OTS0080/kundgebungsdemonstration-am-1-oktober-2010-fuer-sozial-und-bildungsmilliard-achtung-kroeten-wanderung (abgerufen am 17.04.2019)

900 TeilnehmerInnen auf der Krötenwanderung, 01.10.2010: <https://sozialmilliarde.at/1-10-2010-livestream-von-der-kroetenwanderung/> (abgerufen am 17.04.2019)

ÖFR, *Kein Interesse an Fairness bei der Wirtschaft*, 09.12.2012: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20121009_OTS0195/kein-interesse-an-fairness-bei-der-wirtschaft (abgerufen am 17.04.2019)

Woman: Frauen für Frauen: Die Feministische Tischgesellschaft am 30. Mai, 29.05.2015, <https://www.woman.at/a/frauen-feministische-tischgesellschaft-wien>

HAUSBICHLER, BEATE, *Medien: Frauenpensionen als thematisches Schlusslicht*, 21.01.2015, <https://derstandard.at/2000010682799/Medien-Frauenpensionen-als-thematisches-Schlusslicht> (abgerufen am 18.04.2019)

Change.org, *Zurück zum Alltag – für eine geschlechtergerechte Sprache!* <https://www.change.org/p/die-interessierte-%C3%B6ffentlichkeit-zur-%C3%BCck-zum-alltag-f%C3%BCr-eine-geschlechtergerechte-sprache>

News, *Frauenmord-Land Österreich?*, 16.01.2018, <https://www.news.at/a/frauenmorde-oesterreich-zahlen-10595056> (abgerufen am 18.04.2019)

IRENE BRICKNER, *Vom harten Ringen des Frauenministeriums* um 250.000 Euro, 16.09.2017, *Der Standard*, <https://derstandard.at/2000064142634/Vom-harten-Ringen-des-Frauenministeriums-um-250-000-Euro> (abgerufen am 20.04.2019)

Ausschuss Ziviltechnikerinnen, https://wien.arching.at/ueber_uns/politische_organisation/interdisziplinaere_arbeitsgruppen_und_ausschuesse/ausschuss_ziviltechnikerinnen.html (abgerufen am 24.04.2019)

OBINGER, HERBERT, TALOS, EMMERICH, *Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition*, 2006, S. 84–85

Stenographisches Protokoll, 48. Sitzung NR. XVI..GP, Nationalrat – 48. Sitzung, 24. Mai 1984, S. 3984-3986

Parteiobfrauen bei Reform der Pensionen auf einer Linie, *Arbeiter-Zeitung*, 18.01.1984, S. 2

From Words to action, 1995–2015 <https://www.womenlobby.org/IMG/pdf/beijing20ewlreport.pdf> (abgerufen am 26.04.2019)

ZEITLBERGER, OTTO, *Die Entwicklung der österreichischen staatlichen Pensionsvorsorge mit besonderer Berücksichtigung der Reformen 2003/2004 und der Finanzierungsproblematik*, Dissertation, Universität Wien, 2006, S. 77–82

Vorsitzende

FIRNBERG HERTHA, Wissenschafts- und Sozialwissenschaftlerin, Politikerin und Bundesministerin, <https://www.univie.ac.at/biografieA/daten/text/bio/firnberg.htm> (abgerufen am 23.04.2019)

SCHÄTZLE-EDELBAUER, GABRIELE, UNTERRADER, SYLVIA, EDELBAUER, RAPHAELA, TREITLER LENA (Hg.), *Frauenspuren in Mödling*, 2016, S. 9-13

Präsentation der Broschüre über das Leben und Wirken von Edda Egger, <http://www.stvp.at/6550-praesentation-der-broschuere-ueber-das-leben-und-wirken-von-edda-egger/> (abgerufen am 23.04.2019)

Bezirksvorsteherin Herta Haider feiert 70. Geburtstag, 21.09.2000, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000921_OTS0099/bezirksvorsteherin-herta-haider-feiert-70-geburtstag (abgerufen am 23.04.2019)

ANDLEI HERTA, LEITNER, TRAUDE, „*Man kann nicht alles haben.*“ in Schulheft 19, S. 7-12

Frauenrechtlerin Jolanda Offenbeck verstorben, 29.05.2000, <https://derstandard.at/241360/Frauenrechtlerin-Jolanda-Offenbeck-verstorben> (abgerufen am 23.04.2019)

Johanna Dohnal, <http://johanna-dohnal.at/biografie/> (abgerufen am 23.04.2019)

Höchste Auszeichnung der SPÖ für Irmgard Schmidleithner, <https://neuhofen.spoee.at/2013/12/02/hoechste-auszeichnung-der-spoee-fuer-irmgard-schmidleithner/> (abgerufen am 23.04.2019)

LICHTENBERGER, SABINE, MENDEL, MARLIESE, *Miteinander voneinander lernen*, 70 Jahre Gewerkschaftsschule Wien, 2017, S. 43

25 Jahre Frauenberatungsstelle Babsi – GF Linda Hofbauer blickt zurück, 08.03.2013, <https://cba.fro.at/107084> (abgerufen am 23.04.2019)

Abschied von Sabine Oberhauser, 05.03.2017, <https://wien.orf.at/news/stories/2829108/> (abgerufen am 24.04.2019)

BONAVIDA, IRIS, *Abschied von Sabine Oberhauser*, 23.02.2017, <https://diepresse.com/home/innenpolitik/5174390/Abschied-von-Sabine-Oberhauser> (abgerufen am 24.04.2019)

Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser – ein Nachruf, 24.02.2017, <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/gesundheitsministerin-sabine-oberhauser-ein-nachruf-345196> (abgerufen am 24.04.2019)

Frauenmacht, CHRISTA PÖLZLBAUER, 22.03.2019, <https://oe1.orf.at/artikel/656177> (abgerufen am 24.04.2019)

Frauenleben – Sonja Ablinger, 27.02.2014, <http://frauenleben.eu/sonja.html> (abgerufen am 25.04.2019)

Hero der Woche, Sonja Ablinger, Falter 24 / 15 S. 8

Sonja Ablinger und das Arkanum der Macht, Falter 19.07.–25.07.2013, S. 6

E-Mail-Interview mit Sonja Ablinger, 23.12.2018

Interview mit Christa Pözlbauer am 03.12.2018

Interview mit Irmgard Schmidleithner am 01.11.2018

Interview mit Eva Salomon am 05.12.2018

Frauenring-Preis

JELLE, JOST, *Die Denkerin Ulrike Weish* (Teil 1), 16.06.2016, <https://augustin.or.at/die-denkerin-ulrike-weish-teil-1/> (abgerufen am 25.04.2019)

Esra Özmen, <http://www.kueltuergemma.at/de/2016/11/28/es-ra-oezmen/> (abgerufen am 25.04.2019)

Aiko Kazuko Kurosaki, <https://www.choretaki.com/user/8559> (abgerufen am 25.04.2019)

Bildverzeichnis

Alle Bildrechte wurden gewissenhaft abgeklärt. Eventuell berechnete Ansprüche werden bei Nachweis in angemessener Weise abgegolten.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung, des öffentlichen Vortrages, der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, der Übersetzung, der Verfilmung sowie jeglicher digitaler Nutzung – auch einzelner Abschnitte und Fotografien.

S. 3 Klaudia Friebe – privat

S. 4 Einladung zur konstituierenden Sitzung, VGA

S. 5 Runder Tisch vor dem Justizministerium, September 2010 – ÖFR

S. 8 oben: Hilde Seiler übergibt dem damaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky eine Postkarte, 1991 – ÖGB-Archiv
unten: Pro choice is ois – SPÖ Bundesfrauen

S. 9 Unsere Solidarität ist grenzenlos – Isabella Farkasch

S. 10 oben: Titelblatt Arbeiter-Zeitung, 20. März 1911 – VGA
unten: Wir Quotenfrauen – Bettina Frenzel

S. 11 Mitte: Smartflashmob, 2013 – Bettina Frenzel
unten: „Parlamentsbesetzung“, 2018 – Grüne Frauen

S. 12 Femme Fiscale – Isabella Farkasch

S. 14 oben: Femizide – Frauen*volksbegehren
unten: Plakat: Gewalt hat viele Gesichter – Grüne Frauen

S. 15 Frauen*volksbegehren – Carl Dewald

S. 16 oben: verhülltes Denkmal der Republik – Bettina Frenzel
unten: Festveranstaltung im Parlament – LEFÖ

S. 17 EWL – European Women's Lobby

S. 18 Cover: From Conflict to peace? #womensvoices – European Women's Lobby

S. 19 Pressekonferenz „Kriminaltango auf der gläsernen Decke“ – ÖFR

S. 20 Frauenring-Preis-Verleihung 2014 – BKA / Bundespressediens / Andy Wenzel

S. 21 Frauenring-Preis-Verleihung 2015 – BKA / Georg Stefanik

S. 22 Frauenring-Preis-Verleihung 2016 – BMBF / Andy Wenzel

S. 23 Frauenring-Preis-Verleihung 2018 – Peter Lechner / HBF

S. 24 links: Hertha Firnberg – VGA
rechts: Lola Solar – VGA

S. 25 links: Edda Egger – VP-Frauen Steiermark
rechts oben: Herta Haider – VGA

S. 25 rechts unten: Jolanda Offenbeck – VGA

S. 26 links, Marilies Flemming – Arbeiter-Zeitung (VGA)
rechts: Johanna Dohnal – Peter Rigaud

S. 27 links: Irmgard Schmidleithner – ÖGB Archiv
rechts: Linda Hofbauer – Lackner-Strauss

S. 27 rechts unten: Eva Wienker-Salomon – privat

S. 28 links: Sabine Oberhauser – BMG / Zinner
rechts: Christa Pözlbauer – Bettina Frenzel

S. 29 links: Sonja Ablinger – Georg Wilke

S. 29 rechts: Klaudia Friebe – privat

S. 30 Frauen im Parlament – Peter Oberbichler

S. 38 Maria Stern – mariastern_vienna

Impressum

Erste Auflage 2019

© Österreichischer Frauenring
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Produktionsleitung: Klaudia Friebe

Redaktion: Marliese Mendel

Layout und Gestaltung: Flora Klöner

Lektorat: Isabella Fakasch, Stefan Pattis, Eva Wienker-Salomon

Druck: Copycenter der PRO-GE, GBH & vda

Wir bedanken uns bei allen Interviewpartnerinnen, bei Thomas Reimer (ÖGB-Presse), bei Georg Spitaler (Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung), bei dem Archiv Stichwort und bei allen Mitgliedsorganisationen für die Unterstützung.

